

BÄCKER ZEITUNG

Offizielles Organ des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands

Winte für die Versicherten bei der Invalidenversicherung.

1. Allgemeines.

Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz ist nun bald 14 Jahre in Wirksamkeit, ohne sich bis jetzt jedoch, auch nach Inkrafttreten der Novelle vom 13. Juli 1899, bei den breiten Massen der Versicherten, namentlich bei den in der Industrie tätigen, große Gegenliebe zu erwerben.

Des öfteren ist schon versucht worden, die bei Einführung des Gesetzes überall vertretene Ansicht, daß es für die Versicherten eine vollständig unzureichende Arbeiterfürsorge bedeute, zu widerlegen. Diese Ansicht herrscht heute noch vor. Man ging und geht von der Ansicht aus, daß es dem industriellen Arbeiter bei der intensiven Ausnutzung der Arbeitskraft, unter kümmerlich wirtschaftlichen Verhältnissen, wohl selten vergönnt sein werde, das 70. Lebensjahr zu erreichen, um dann in den Genuß einer Altersrente treten zu können. Auch bei frühzeitig eintretender Invalidität könnten die Versicherten im allgemeinen wohl nur verhältnismäßig kurze Zeit einen zweifelhaften Ertrag ihrer im Dienste der Industrie verlorenen Erwerbsfähigkeit in Bezug einer Invalidenrente finden.

Es kommt noch hinzu, daß die rein bürokratische Verwaltung, bei der den Versicherten nur ein mehr als bescheidenes Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird, nicht gerade geeignet ist, die ganze Versicherung der Versicherten als eine wirksame Arbeiterfürsorge erscheinen zu lassen.

Schwohl nur diese angeführten Anschauungen ohne weiteres begründet sind, so ist es trotzdem ein total verkehrter Standpunkt, wenn die Versicherten, wie es tatsächlich häufig der Fall ist, sich um ihre, durch jahrelange Beitragsleistung erworbenen und obendrein schon kümmerlichen Rechte blutwenig kümmern und dadurch sich selbst oft schwer benachteiligen. Schon der Hinweis darauf, daß ein angemessener Anspruch auf Rente, bei dem sonst alle Voraussetzungen zutreffen, nur daß zur Wartzeit vielleicht noch eine Beitragswoche oder anrechnungsfähige Krankheitswoche fehlt, ausreicht ist und abgelehnt werden muß, sollte jeden Versicherten veranlassen, darauf zu achten, daß für alle geleisteten Beiträge auch die entsprechenden Beitragsmarken geliebt, oder Krankheits- und Militärdienstzeiten, soweit zulässig, in Nachrechnung kommen.

Es muß daher entschieden mehr der Standpunkt eingenommen werden, daß gegenüber den gesetzlich festgelegten Pflichten der Versicherten diese auf ihre erworbenen Rechte die gleiche Aufmerksamkeit zuwenden. Nur dadurch können sie sich vor späteren Nachteilen schützen. Die Rolle, die welchen den Versicherten wohl mit der größten Pünktlichkeit die Beiträge in Absatz gebracht werden, diese jedoch zur Krankenteilnahme, Invaliditätsversicherung nicht rechtzeitig oder ungenügend angemeldet werden, sind gerade nicht selten, und wenn dann nach Jahren ein Anspruch auf Rente erhoben wird und dieses Verhältniß sich herausstellt, so sind die Beiträge meistens verjährt oder der Arbeitgeber weilt oder nicht mehr zu finden und können die Beiträge nicht mehr nachgeholt werden.

Zudem müßten schon häufig Invalidenrentenanträge abgelehnt werden, weil die vorgeschriebene Zahl von Beitragswochen nicht vorhanden war. Das kommt noch, auch wenn der Rentenbewerber durch ärztliches Attest für unweilich im Sinne des Gesetzes erklärt wird, dieser überhaupt keine Rente mehr erlangen kann, weil nach einseitiger Invalidität keine Beitragsmarken mehr geliebt werden können, so daß der betreffende Rentenbewerber, der vielleicht nur wenige Beitragswochen fehlen, alle seine Beiträge ungenutzt bezahlt hat. In auch die Anzahl zu erlangende Rente an und hat sich ungenügend, so ist doch der Bezug einer solchen immerhin besser als gar nichts. Und zwar, als es wohl ein seltener Fall ist, daß ein Arbeiter für derartige Zeiten einen nennenswerten Reinertrag hat zurückerlangen können.

Aber auch demjenigen Versicherten erwachsen Nachteile, der zwar die vorgeschriebene Wartzeit für einen Rentenbewerber nachweisen kann, der aber, weil er vielleicht Arbeitgeber nicht rechtzeitig oder nicht genügend, oder mit einem zu niedrigen Verdienst angemeldet wurde, in Wirklichkeit mehr Beiträge leistet, diese aber nicht abgeben kann, so daß eben die Rente bei der Berechnung der Grundbeträge und Steigerungssätze nicht entsprechend berücksichtigt. In vielen Fällen ist es jedoch auch Schuld der Versicherten selbst, wenn diese in ihren Nachen später arbeiten werden und zwar nicht das namentlich bei solchen, die die alten Renten geben, ihre Beitragsmarken nicht genügend abgeben, sondern oder an ihrem früheren Versicherungsort zurück lassen. Dadurch kommt es sehr häufig vor, daß für ein und denselben Versicherten, der in verschiedenen Beitragsarten bei verschiedenen Versicherungsanstalten versichert sein können, die dann insulichen abgelehnt sind

und ihre Gültigkeit verloren haben, deshalb auch nicht mehr anrechnungsfähig sind. Es empfiehlt sich daher für jeden reisenden Versicherten, daß er bei Austritt aus einer Beschäftigung sich keine Beitragskarte abholt resp. geben läßt, und darauf achtet, daß die folgenden Karten alle auf den Namen derjenigen Versicherungsanstalt lauten, auf welche die Beitragskarte Nr. 1 ausgestellt wurde. Alle späteren vollgelebten Karten werden dann an diese Versicherungsanstalt eingekauft und dort registriert, ohne Rücksicht darauf, in welchem Gebiet der 31 Versicherungsanstalten diese ausgestellt und vollgelebt wurden. Jede verlorene gegangene Beitragskarte muß bei jeder zuständigen Behörde auf Antrag erneuert werden, auch müssen die in der verloren gegangenen Karte geliebt gewesenen Beitragsmarken in die erneuerte übertragen werden, wenn diese nachgewiesen werden können. Ebenso wichtig ist es, daß sämtliche Nachweise über Krankheitszeiten bis zur Dauer eines Jahres, sowie über alle militärischen Leistungen gesammelt resp. auf der Karte aufgerechnet werden, da diese Zeiten als Beitragszeiten in der zweiten Lohnklasse angerechnet werden.

Des ferneren ist darauf zu achten, daß die Karte, bevor sie unglücklich wird, was nach Verlauf zweier Jahre, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, eintritt, bei der zuständigen Behörde zum Umtausch kommt, sofern sie in Händen des Inhabers ist, wobei noch zu beachten, daß auf einer Karte innerhalb dieser zwei Jahre mindestens 20 Beitragswochen geliebt sein müssen, da durch Nichtbeachtung dessen die Anwartschaft erlischt und erst wieder angesetzt ist. Wenn durch versicherungspflichtige Beschäftigung keine 20 Beitragsmarken innerhalb zwei Jahren geliebt werden, so können die fehlenden, welche bei jeder Krankheitszeit zu haben sind, freiwillig geliebt werden. Dies empfiehlt sich auch für alle diejenigen Versicherten, die durch Selbständigwerden aus der Versicherungspflicht ausscheiden, viellecht aber schon jahrelang Beiträge geleistet und Anwartschaft auf Rente erlangt haben, um sich so ihre Anwartschaft wacker zu erhalten.

Der Mittelstand.

Im Rückblick ist in den letzten Monaten wieder viel über die Not des Mittelstandes gelaugt worden, und es sind von den Parteien der äußeren Rechten bis hinüber zur Linken, ausgenommen der Sozialdemokratie, alle möglichen und unmöglichen Vorschläge, als da sind: bessere Heberhebung des sozialen Auswärtens, schärfere Handhabung der unglücklichen Wettbewerbsparagrafen, Beschäftigungsnachweis usw. gemacht worden, um dem heruntergekommenen Mittelstand wieder auf die Beine zu helfen. Bei dieser Gelegenheit ist auch häufig die Konsumvereinsbewegung geredet. Ganz besonders die Konsumvereinsbewegung führen ja den Mittelstand des Mittelstandes auf die Füße (Warenhäuser) und die Konsumvereine zurück und führen nach Ausnahmefällen. Die sozialdemokratischen Vertreter, die natürlich diesem Schwindel nicht mitmachen wollen, fordern die übrigen Parteien auf, letzteren schweigend und erklären, daß mit solchen verfehlten Mitteln keine Besserung herbeigeführt werden kann, werden natürlich als Mittelstandseinde verurteilt. Das stimmt, bei der ganzen Sache ist nun, daß der Großhändler als Hauptverursacher ganz richtig sich auf den Standpunkt stellt, die während der sich gebende Konsumvereinsbewegung des Kapitals hätte notwendig zur Verdrängung des Mittelstandes.

Diese Komödie kehrt nun ja zu einer händigen Einrichtung im Reichstag und immer während und ausdauernd wird daran gewirkt, je mehr diese kleinen Reiter einsehen, daß trotz aller Liebe für den ehrenwerten Stand deren Angehörige immer mehr zur Sozialdemokratie übergehen.

Ganz besonders also die Warenhäuser und auch die immer mehr anwachsenden Konsumvereine vernichten den Mittelstand. Eigentlich Warenhäuser finden sich aber nur in den größeren Städten, und es müßte der Mittelstand in den kleineren Städten ein beachtliches Dasein führen. Da ist nun mein Demiß in einer Stadt von 20000 Einwohnern nebenbei noch Universitätsstadt, wo also ganz besonders Mittelstandseinde sich anbahnen, angebahnen habe, verstande ich auch einige Aufmerksamkeit auf die örtlichen Verhältnisse und habe im allgemeinen gefunden, daß sie für den Mittelstand nicht trauriger sein können wie gerade hier, und es dürfte kaum eine Großstadt geben, wo die Ermittlung so hoch zu Tage tritt wie gerade hier. Zunächst gibt es hier mehrere Straßen, wo Haus an Haus mindestens ein offener Laden, der auch zwei und mehr zu verzeichnen sind. Dabei sind die Geschäfte und Geschäftsläden nicht auf einen Teil der Stadt beschränkt, sondern sie finden sich überall in der ganzen Stadt. Wenn man nun in so einem kleinen Geschäftlichen Einkäufe machen will, so hat man fast das Gefühl, von hunderten Händlern umgeben zu werden, die auf der Lauer nach Beute liegen. Ein Käufer ist für diese Läufer genug eine seltene

Ergebnung. Selbstverständlich sind auch die Preise der Waren danach. Ich finde, daß hier die Lebenshaltung, selbst die Hausmiete, eine teurere ist, wie in einer Großstadt, überhaupt kann ich in mancher Hinsicht die Ansicht, daß das Leben in den Großstädten teurer ist und daher auch der Lohn ein höherer sein muß, nicht teilen. Es besteht hier nun auch ein Konsumverein am Orte, der gut 400 Mitglieder zählt, und sind hier im allgemeinen die Preise bedeutend billiger als in den einschlägigen Geschäften. Auch sind hier einige größere Spezialfirmen zu verzeichnen, die selbstverständlich einen bedeutenden Anlauf haben. Ferner möchte ich noch bemerken, daß von den hier sich durchschnittlich aufhaltenden 1500 Studenten und noch anderen seinen Herrschaften der größte Teil seinen Bedarf, mindestens an Kleidungsstücken und Luxusartikeln, in den Warenhäusern der nächsten Großstadt deckt. „Mittelstandstrennung in der Praxis“

Dieses im voraus. Ich komme nun auf das, was uns am meisten interessiert, auf unser edles Bäckerhandwerk, zu sprechen. Da sei zunächst angeführt, daß hier am Orte allein 10 Bäckereien leer stehen, die durchaus nicht gehen wollten. Diese Zahl würde sich nun bedeutend vergrößern, wenn nicht ein großer Teil der übrigen 45 Bäckereien mit Gastwirtschaften verbunden wäre. 20000 Einwohner nun auf 45 Betriebe verteilt, würde auf den einzelnen Betrieb 444 Köpfe ergeben. Rechnet man dann einen Haushalt mit durchschnittlich fünf Seelen, so kommen auf jedes Geschäft 88 Haushaltungen. Angenommen, in jedem Haushalt würden in einer Woche drei Loibe Brot gebraucht, so kommt auf jede Bäckerei ein Brotumfang von 276 Loiben. Berechnet man weiter auf jede Woche für 10 1/2 Loibe Gebäck, so macht das pro Tag 850 A für Gebäck; dazu 1240 A für Brot, ergibt einen Gesamtumfang von 2090 A für jeden Betrieb. Nun sind die oben angeführten Ziffern noch ziemlich hoch gegriffen, denn bedenkt man, daß einerseits die Herren Professoren, Doktoren und Studenten mit ihrem Anhang mehr bessere Speisen als Brot genießen und daß hier ziemlich stark vertretene sogenannte Lumpenproletariat die hüttere Not dazu zwingt, die Kartoffel als Hauptnahrungsmittel zu verwenden, so würde sich das Resultat bedeutend zu Ungunsten unseres Handwerks gestalten. Es kommen noch hinzu die vielen Kranken in den ausgedehnten Universitätskliniken und noch ein halbes Regiment Soldaten, deren Bedarf in einer hohen Militärbäckerei gedeckt wird. Demnach würden die Verhältnisse für die Bäckereien sich noch ungünstiger gestalten. Wie traurig es nun hiermit bestellt ist, mögen einige Beispiele beweisen:

Nr. 1. Bäckerei und Wirtschaft mit einem täglichen Bierumfang von 10 Litern. Beschäftigt wird ein Lehrling. Der Meister kommt abends zum Angen und macht folgende Bestellung: Mehl: 20 Morgen für jedes Maß Milchbrotchen, Krautbrotchen und Wasserweden von einem Maß (halb Milch, halb Wasser), 20 Dose und — und die Scheweine gefüttert, der Stall und der Hof gereinigt und die Gänge kontrolliert? Lehrling: Die Scheweine sind gefüttert, der Hof gelebt, die Gänge haben vier Eier gelegt und morgen legen drei, ich habe angefüllt.

Nr. 2. Bäckerei mit einem Lehrling. Täglicher Umsatz: Weißbrot 5 A, Brot 20 Stück. Da in der Stadt wenig Grundstücken in diesem Geschäft läuft, muß der Lehrling mit Grundstücken über Land, und wenn er Ware wieder heimbringt, hat es Schweiß und Mühe. Der Lehrling weiß sich zu helfen und legt nichtanwesenden Stunden das Brot vor die Tür. Diese richten es nun immer so ein, daß sie an den bestimmten Tagen nicht dabei sind. Dies Brot wird natürlich als geborgt gebucht und die Zahlung wird hinterher verweigert.

Nr. 3. Bäckerei und Wirtschaft mit einem Gelehen und einem Lehrling. Der tägliche Umsatz beträgt für 16 A Ware. Der Lehrling kommt eines Abends in einem Kesperladen und verlangt zweimal für 10 A Gebäck. Auf meine Frage, wer dies erhalten soll, erklärt er: „Für 10 A ist für mich und für 10 A gehört dem Gelehen.“ Ein samoles Abendessen!

Nr. 4. Bäckerei, Konditorei, Café und Bäckerei. Umsatz 30 Krone pro Woche, wochentags etwas Konditorei, Sonntags etwas mehr; täglicher Stückzahl ungefähr 6 Pfd. Der Chef erklärte eines Tages seinem Konditor: „Wir essen mehr als wir verdienen!“ worauf der Gelehen fundierte.

Ich glaube nun, es kann das Elend des Bäckerhandwerks nicht trauriger sein, als es hier der Fall ist. Das mindeste, was man eigentlich von einer Bäckerei verlangen kann, wäre doch, daß in jedem Betriebe zwei Stellen beschäftigt würden, und es würden eigentlich 20 Bäckereien hier am Orte vollständig genügen. Selbstverständlich sind die Löhne hier ganz unübersehbar und es halten sich wenig zugereifte Kollegen auf. Zum größten Teil sind es junge und auch ältere Leute aus der Umgegend, und sind diese sehr schlecht für die Organisation zu gewinnen. Die Bäckereiwirtschaft hat hier auch sogenannte Meisterkurse arrangiert, woran sich die älteren Kollegen jährlich beteiligen. Der Meister ist für diesmal beendigt und die Teilnehmer haben jetzt die Qualifikation zum Meisternwerden.

nur auf eine Gelegenheit, auch so ein kleines Dasein als Bäckermeister zu führen, wenn sie die Mittel dazu besitzen, oder sie warten auf die Gelegenheit, sich diese zu verschaffen durch — eine gute Partie oder einen Lotteriegewinn oder ähnliche niedliche Illusionen mehr. Nachfolgend will ich noch, daß sich hier auch eine Konsumbäckerei befindet, die mehr und mehr an Bedeutung gewinnt; nach der geplanten Einrichtung einer modernen Bäckerei dürfte diese für das Handwerk eine vernichtende Wirkung ausüben. Auch begünstigen die Gastwirtschaften nicht so sehr die Lage, denn diese sind mit nur einigen Ausnahmen wenig rentabel, da an gut eingerichteten Wirtschaften auch schon Ueberflus herrscht, der noch dadurch verstärkt wird, daß sechs Studentenverbindungen ihre eigenen Verzehrstafeln gebaut haben. Auch so ein Stück Genossenschaftswesen. (Mittelhandbäckerei in Theorie und Praxis.)

Der eigentliche Zweck meines Artikels sollte nur der sein, denjenigen Kollegen, welche sich noch mit dem Gedanken ragen, einmal selbständig zu werden, und deshalb wankelmütig sind, anzuraten, der Organisation treu zu bleiben, oder diejenigen, welche aus oben angeführtem Grund nicht für die Organisation zu gewinnen sind, zum Nachdenken zu bringen, und sie müssen dann sicher zu der Ueberzeugung kommen, daß innerhalb unserer Berufsstände ganz unhaltbare Zustände herrschen, und daß die Angehörigen des Berufs durch ihre ganz verkehrte Denkmittel diesen dem Ruin ausliefern. Die Bäckermeister mit samt ihren starken Arbeiterorganisationen haben sich nicht der Aufgabe gewachsen gezeigt diesen Ruin aufzuhalten, sondern verschulden ganz allein alle diese traurigen veralteten Zustände. Der Gesellenorganisation, dem deutschen Bäckerverbande, wird es vorbehalten bleiben, unteren in den Staub getretenen Beruf wieder zu Ehren zu bringen; da um schließlich jeder, der mithelfen will an der großen Aufgabe, dem Verbande an. C. R.

In unserem Berufe

Zur Cobabewegung unserer Dresdener Kollegen. Hatte schon die vorige Versammlung welche die Forderungen normierte, die hiesigen Bäckermeister gewaltig in den Farnich gebracht, so hatte man nun in der Zwischenzeit eine Aktion eingeleitet, die dazu dienen sollte, um mit einem Male die ganze Bewegung von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Dazu bedurfte die hiesige Zunft eine kräftige Unterstützung und siehe da, in trauer Gemeinschaft hatten sie sich zusammengeschlossen, um das Los der Bäckergejellen auszubekeln, die Vorstände (noch nicht mal alle) des hiesigen Variationsvereins, des Vereins christlicher junger Männer und des Klub Samors, letzterer bestehend aus Bäckermeisterjungen und -Töchtern. Ueber die Spitze der Mitglieder dieser Vereine, von denen die meisten inzwischen auch Verbandsmitglieder geworden sind, beschloß man, gemeinsam mit dem Innungsamt, nachfolgendes Flugblatt an die hiesigen Kollegen zu verbreiten:

„Werde Kollegen!
Da von Seiten der Gewerkschaft der Bäcker eine Streikbewegung in Szene gesetzt werden soll, erlaube ich mir aus Interesse unseres Gewerbes, als auch in eigener Interesse zur Aufklärung folgendes mitzuteilen: Die Forderungen, welche von jener Seite gestellt werden, sollen, sobald wir in Erfahrung gebracht haben, von der Bäckerei, soweit es die jetzige Geschäftslage zuläßt, bewilligt werden.

Die Erhebung der Kollegen, die nicht im Verband sind, im Streikfall ihre Stellung einbüßen, oder später keine Arbeit wieder erhalten, ist gänzlich hinfällig, da der Arbeitsnachweis nie und nimmer in die Hände des Arbeitgebers kommen wird.

Wir erwidern deshalb unsere werthen Kollegen, sich vom Verband fern zu halten und nicht ihren Verdienst zum Ziel nutzlosen Bestrebungen zu opfern, da im ganzen jedenfalls mehr erreicht wird, als durch gewöhnliches Bestreben.

Gerichte Klagen über etwa vorhandene Mißstände werden bei Aussage an die Innung von derselben eingehend untersucht und beizichtigt werden. Für weiteren Aufklärung sind wir gern bereit.

In der Hoffnung, daß sich alle Kollegen unseren Schritten anschließen werden, zeichnen
mit kollegialen Grüssen
Bäckerverein „Variation“, Gewerkschaft „Samor“,
Christl. Verein (Bäckerabteilung).“

Die Antwort darauf geben unsere Kollegen in einer am 14. März im „Arbeiter“ von 1000 Personen besetzten Versammlung. Der Kollege Schell referierte in derselben über das jetzige Verhalten unserer Kollegen in der gegenwärtigen Situation, dieselben ermahnd, sich durch nichts provozieren zu lassen, sondern die größte Ruhe in diesem Augenblicke zu bewahren. Schell gingt er den bereits in voriger Nummer unseres Blattes geäußerten Wunsch der hiesigen Bäckermeister, sowie des von den drei hiesigen „Gewerkschaften“ verbreiteten Flugblatt, als eine Schwachheit zu bezeichnen, wenn die eigenen Kollegen angeführt wären, so daß sie die derzeitigen Forderungen bewilligen könnten. Aus der Mitte der Versammlung wurde eine Delegation ernannt, die den Forderungen der Kollegen entgegenkam, daß die Mitglieder dieser drei Vereine mit dem Innungsamt zusammenkommen und die Forderungen der Kollegen bei der Innung vorbringen. Die Delegation hat bei der Innung erklärt, daß es in einem Fortschritt liegt, daß die Innung sich mit den Forderungen der Kollegen auseinandersetzen wird, und daß die Innung bereit ist, die Forderungen der Kollegen bei der Innung vorzubringen. Die Delegation hat auch erklärt, daß die Innung bereit ist, die Forderungen der Kollegen bei der Innung vorzubringen.

sammlung einberufen und zwar wurden die Bäckergejellen auch dazu eingeladen. Es handelte sich hauptsächlich um die Neuwahl des Gesellen- sowie Berbergsausschusses. Nachdem die Versammlung eröffnet und die Neuwahl des Gesellenausschusses erledigt wurde, glaubten verschiedene Innungsgrößen, sich berufen zu fühlen, den Gesellen als rettender Engel in der Not beizuspringen, so wurden die Gesellen wieder mal daran erinnert, daß nur dann ein friedliches Einvernehmen zwischen Meister und Gesellen stattfinden kann, wenn die letzteren den Vorkesseln folgen, welche ihnen von den Meistern vorgekauft werden, aber niemals zu kosten bekommen und um Gottes willen bloß nicht zu den Sozials gehen, die auch in Bromberg wieder an der Arbeit sind, um das gute Einvernehmen zwischen Meistern und Gesellen zu untergraben. Es wurde darauf hingewiesen, daß die 40 % die Woche weggenommen sind und gewisse Geher nur von dem Gelde leben und nicht arbeiten wollen. Auch wurde über den Maximalarbeitslohn und die Reichlichkeit in den Bäckereien debattiert, und als ein Kollege über die Mißstände der Bäckerei des Bäckereimeisters Rosenau zu sprechen kam, so kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, so daß es sogar Schimpfworte beiderseits gab. Außerdem wurde der Bäckermeister Springer seitens eines Gesellen derartig angegriffen, so daß ein Tumult entstand und die Versammlung bald darauf geschlossen werden mußte. Aber die Sau fucht sich am wohlsten in ihrem eigenen Dreck, und das trifft hier auch zu. Diese Elemente, die sich vor dem ausschöpfen und einander allerhand Schmeicheleien an den Kopf werfen, solche Leute sind den Herren angenehm; und auch hier: erst gab es Schmeicheleien, dann Wüste. Diese Elemente haben dann zusammen bei einem Glase Bier die Befreiung und Errettung der Bäckergejellen von dem verabscheuten Sozialismus gefeiert und glauben damit sich ihrer schweren Mission entledigt zu haben.

Eines kann ich nur loben, daß die organisierten Kollegen sich sachlich verhalten haben, und dies ist ein starker Beweis dafür, daß dieselben durch die Organisation mehr geteilt haben, als die Erretter des „Einen Bäckerbandes“ mit ihrer Anhängerflotte!

Deshalb richte ich an alle Kollegen Brombergs die dringende Bitte: Schart Euch alle um die Fahne der Organisation und werdet treue Mitglieder des Verbandes der Bäcker Deutschlands, denn ohne Kampf kein Sieg! S. R.

Allerlei nette Zustände in Bäckereien von Frankfurt a. M. und Umgebung. In der Bäckerei von Stricker, Weinbergerstraße, ist der Lärm durchbrochen, indem die zwei Gehülfen im Haus schlafen müssen. Außerdem sind noch drei Lehrlinge vorhanden, welche mit den Gesellen Werktag wie Sonntags Ueberarbeit leisten müssen. Diese fünf Mann beiszen zusammen nur vier Betten; auch ist der Schlafraum viel zu klein. Daß auch in Frankfurt a. M. die Lehrlingszüchtereien zu blühen beginnt, erhebt man aus der Tatsache, indem ein Hauptkonditor der hiesigen Innung und Mittelstandsleiter zwei Gesellen und vier Lehrlinge beschäftigt soll. Daraus kann man ersehen, daß die Bäckerei, welche in dieser Beziehung seitens der Handwerkskammer geschützt werden, die reinste Komödie sind. So sieht es mit allen ähnlichen Bemerkungen aus. — In der Bäckerei Bürkle, Kreuzstraße, sind zwei Lehrlinge aus dem Schwabischen und ein färschlich ausgebildeter Gejelle beschäftigt, die täglich länger arbeiten müssen. Die Lehrlinge werden des Tages gelehrt und mühsam, so daß färschlich einer auf ander Barock kann und unter Tränen sein Leid klagt. Seitens des Verbandesorgans wurde diesem Herrn ganz gehörig der Standpunkt klar gemacht; im Wiederholungsfall werden weitere Maßnahmen ergriffen. — In der Bäckerei Schmitt in Jena sind zwei Lehrlinge und ein Gejelle beschäftigt, die stets Ueberarbeit leisten müssen; die Solenberstraße für 1906 hängt nicht aus. — In der Bäckerei Keller in Eddersheim a. M. sollen fünfzehn herrschen, die jeder Beschreibung spotten. Das Wasser, welches zum Backen verwendet wird, wird in demselben Reifei zurecht gemacht, in dem die Wäsche geschwemmt wird. Das Wasser, das zum Schneiden des Backens und Milch dient, wird auch zum Reinwaschen des Schweißputzes benutzt; auch wird mit demselben das Wasser aus dem oftmals stinkenden Kesseltrog in den Backöfen geschüttet, um Dampf zu erzeugen. Die Bäckerei werden zum Verderben berufen. Das Handwasser wird wieder zum Teig genommen. Aus dem Aufguss wird Schweinefleisch gebacken. Dieser schmutzige und jauchige Teig wird in derselben Kasse hergestellt, wie die anderen Teige. Auch die Luft löst viel zu wünschen übrig. — Wir sind der letzten Ueberzeugung, daß ähnliche Schweineereien und Mißstände, wie die vorerwähnten, noch viele bestehen und werden deshalb alle Kollegen auf diese wie ohne Sagen zu weisen, damit wir ihnen zu Leibe gehen können. Auch in den jenseitigen Brotfabriken liegt sehr viel im Argem. Die Bäckerei-Einrichtung und der Aufschub von der Bäckerei sind außerst schlecht. — Bei Glauchberg wird sehr früh über die Zeit gearbeitet; auch inbezug auf den Auf- und Abfallstrom sowie die Bäckerei-Einrichtung bleibt viel zu wünschen übrig. — In der Bäckerei Rehl und Brückel in der einzigen Zeit ein neuer Verhäufer aus dem Verhäufer angeheilt worden. Dieser hat sich nun über gegenüber seinem Vorgänger sehr verdient gemacht, indem er es bei der Direktion herbeigeführt hat, daß die beiden Kasse keine Schäden abgeben würde, wodurch der Mann Ueberarbeit werden. Daß nun diese zwei Schäden jetzt ausbessern arbeiten müssen, versteht sich am besten. Derselben werden jetzt etwa 8-9 Stunden Arbeit leisten bei einer Schichtzeitung von 8-9 Mann. Diese Arbeit kann aber nur durch lokale Ueberarbeit, die durch den Herrn Verhäufer geschieht, geleistet werden. Wie wir schon, sind in diesen Bäckereien noch mehr Mißstände vorhanden, die wir nicht aufzählen wollen, wenn die Geschichte so weitergeht, kann man sich vorstellen, was für ein Zustand das in der Bäckerei ist. Es bedarf in dem, daß nicht alle in diesem Sinne bedenklichen Arbeiter organisieren und. Diese müssen sich, die übrigen Kollegen helfen für sie die Bäckereien aus dem Jenseitigen. Ein der mit großen Gehältern angelegten Konditorien werden nur aus Brot, denn nicht alle Angehörigen tragen, auch etwas mehr beschäftigen müssen, aber so viel in dem Innungsamt, darüber kommt es nicht vor, daß die Innung des Innungsvereins dagegen die Gesellen über die letzte Zeit sehr dankbar hat zur Innung und den Innungsamt, sogar heute, wo es in dem Innungsamt ist. Ein ein arbeitender Gejelle ist nicht und hat auch Arbeit in Zukunft gestellt, so haben wir nicht vergessen, daß dies aber bei allen Gejellen gemacht wird, welche in Arbeit stehen, müssen wir uns entschließen. Die Sache steht etwas anders aus, als man denken die Innung, die sich in allen Bäckereien durchzusetzen haben bei der Innung und Innungsamt, was das Innungsamt zu sagen? Man wird werden zu sehen, daß es nicht mehr, was die Innungsamt

bei der Uebernahme der ehemaligen Genossenschaftsbäckerei sagte, nämlich: „daß die Arbeiter im Innungsamt besser gestellt würden, als wie bei der Genossenschaft.“ Was jetzt ist aber davon nichts zu merken; hoffentlich kommt es noch. Nun, Ihr Kollegen von Frankfurt a. M. und Umgebung, aus dem Vorstehenden könnt Ihr ersehen, in welchen Verhältnissen wir noch stehen. Deshalb schlicht Euch alle dem Verbands an, um alle diese Mißstände zu beseitigen. C. Reibig.

Nach dem Jahresbericht der Leipziger Innung ist, der Ausblick auf das neue Jahr nicht sonderlich schön und klar“ und weiter sagt derselbe: „Für so manches Innungsmitglied wird es gut sein, daß ein Blick in die Zukunft nicht möglich und der Feier des Kommenden vom Antlitz nicht aufleuchtet werde.“ Ein beruflicher Standpunkt, welcher den Innungsführern alle Ehre macht! Also sie, die Wissenden, welche die Geschichte ihrer Innungsmitglieder zu lesen haben und sicher voraussehen, daß der Weg der übermäßigen Lehrlingszüchtereien und Ueberfüllung des Berufes in deren Folge naturnotwendig zum Ruin des Innungsverbandes führen müssen, geben ihrer Freude unerböhten dahin Ausdruck, daß die Innungsmitglieder über diese Frage im Dunkeln dahin tappen, anstatt denselben klaren Weg über die ihnen bevorstehende Zukunft einzuschleusen. — „Verticilere“ Mitten kann die Innungsdemagogie wohl bald nicht mehr treiben! Und den nach Erkenntnis der wirtschaftlichen Entwicklung ringenden Gesellen mutet man zu, sie sollen zu solchen Worten Vertrauen haben!

Endlich findet sie mal Worte, nämlich die Berliner Germania-Zeitung, Organ des Herrn Bernad, gegenüber der „Deutschen Bäckerei“, dem Organ der „Freien Vereinigung der Bäckermeister“ und sie läßt sich also vernehmen:

„Die Freie Vereinigung, auch Sternchen-Bäcker genannt, hielt am vergangenen Dienstag eine „große“ öffentliche Versammlung ab, zu welcher sich 14 ganze Mann eingefunden hatten; natürlich gab der Wirt für diese Anzahl seinen Saal nicht her und wurde die „große“ Versammlung — welche um 5 Uhr angesetzt war — schließlich um 127 Uhr im Restaurant am Tierlich abgehalten. In dieser Versammlung wurde die Abschaffung der Nachtarbeit beschlossen. Von derselben Vereinigung wird auch ein sogenanntes Fachblatt herausgegeben, welches so ziemlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheint, denn die ganze Vereinigung ist kaum 60 Mann stark. Das Blättchen unterscheidet sich von den sozialdemokratischen Gesellenblättern nur durch noch häßlichere und rüdere Sprache. Im übrigen wird verstedt und offen verleumdet, auch entstellt, wie bei den anderen, nur daß diese sich wenigstens offen zur roten Fahne bekennen, während es hier noch halb verleugnet wird. — Man erfindet Sachen und läßt sich von irgend einem, vielleicht am Verfolgungs- und Größenwahn leidenden, verblödeten alten Mann, Bären aufbinden und setzt diese häßliche Weisheit in Druckerklammer um. Wir können der Kollegin (?) nur verraten, daß ihr Zuträger keine ganze angebliche Wissenschaft nicht nur der Aufsichtsbekörde, sondern auch der königlichen Staatsanwaltschaft mitgeteilt, also denunziert hat, doch da die Behörden nach eingehender Untersuchung nicht darauf eingehen wollten, seine persönliche Sache zu übernehmen — die Sache also abgewiesen wurde —, so versucht er seinen Haß in anderer Form zum Ausdruck zu bringen, und das liebe neue Fachblatt gibt sich dazu her. Im übrigen berichten die gewählten Revisoren, die dem Vorstande nicht angehören, alle Jahre ausführlich über den Stand der verschiedenen Paffen und geben auch in den Innungsverfassungen auf Anfrage gern Auskunft.“

Das ist eine Abwehr im Stile der glorreichen Verichtigungen Bernadischer Art, wie wir sie seinerzeit bei Vertrennung des Berliner Innungsverbands von dem guten Mann erhielten und über welche alle Welt bis zum Bäckereilehrling, der erst seit 3 Tagen Mehl zu riechen bekam, lachen mußte! Auch diese neueste Leistung wird jedem ein Lachen entlocken!

Aus dem Mejer Gehülfeverein. Vor ungefähr drei Wochen kam in hiesigen Verein eine förmliche Revolution aus. Der Vergang war folgender: Auf der Tagesordnung war Rechenschaftsbericht vom Weihnachtstest. Als nun zu diesem Punkt geschritten werden sollte, brach zuerst der Krach in der Vorstandschaft aus. Die Herren von der Vorstandschaft, mit Ausnahme des 1. Vorsitzenden, waren der Meinung sie können eine Maßnahme sein, die andere durch ihre Gurgel wandern lassen auf Kosten des Vereins, was auch wirklich geschehen ist. Der 1. Vorsitzende war allerdings anderer Ansicht wie seine übrigen Kollegen, und nun kam zum Ausbruch. Nachdem der 1. Vorsitzende Bayerte, Bäckermeisterjohn aus Augsburg, sein Amt niederlegte, wollten seine treuen Anhänger auch nichts mehr wissen von der ganzen Klubmühseligkeit. Jedemfalls auf Wunsch des Herrn Obermeisters Gerbes kam es zu einer Neuwahl des Ausschusses. Der ganze Ausschuss besteht aus 7 Mann. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Zwid gewählt, der den Wein auf Rechnung des Vereins getrunken hat; nun, da kann es gut werden! Die anderen gewählten Kollegen sind weniger von Bedeutung; die Hauptsache wird ihnen sein, wenn es immer etwas zum Schmoren gibt, aber auf Rechnung des Vereins. Die Zahlstelle Mejer wünscht nur noch mehr tüchtige Ausschussmitglieder für die Zukunft, nur dann kann es uns gelingen, Kollegen für den Verband zu gewinnen. Es kam dem 1. Vorsitzenden unserer Zahlstelle Mejer der Wahlbericht gelegentlich in die Hände, der in der Schwabischen Bäckerei sein Ziel verteidigte und wieder nach Mejer zurück kam und in unser Verbandskolle. Der Inhalt war folgender: Mejer, den 7. März 1906.

Ich bitte die verehrte Expedition, nachfolgenden Bericht in Ihrer Zeitung einzurücken:

Bäckergehülfeverein Mejer. Die in letzter Zeit in unserem Verein vorgekommenen Unzulänglichkeiten haben Veranlassung zu einer Neuwahl gebildet, welche am Donnerstag, den 2. März 1906 stattfand. Es wurden die sieben folgenden Kollegen gewählt: Zwid, 1. Vors.; Bour, 2. Vors.; Burkhart, Schriftführer. Unter den genannten wurden noch zwei Beisitzer und zwei Ersatzleute gewählt. Sämtliche Ausschussmitglieder wurden neu gewählt. Wir hoffen, daß nun aus mehr Einigkeit in unserem Verein herrscht, damit wir den Kollegen der hiesigen Zahlstelle auch Widerstand leisten können.

Achtungsvoll
Bäckergehülfeverein Mejer“

Dem Verband „Widerstand zu leisten“ ist also der ausgetrocknete Pflanz dieser noblen Deutschen!

Die beiden und die dünnen Bäcker. Die Revolution unter den Innungsmitgliedern hat gehalten, denn das Leipziger Zentralblatt für Bäcker und Konditoren“ bringt die Stammbuchausgabe nach mit dem biden und dem Namen Bäckermeister; dagegen sind die mit dem Namen „Widerstand“ versehenen Mitglieder aus der „Märkischen Bäckerei“ und aus „Märkischer Bäckerei“ verschwunden! Fort gehen

nur noch je eine dicke und eine dünne Hand mit der Kaiser-
fummel von der verschwundenen Pracht, während man die
aufstößigen Bäuch' und dito Köpfe aus dem Gleich heraus-
gemischt hat. — Es geht doch nichts über die Einfach-
heit unserer „gebildeten“ Bädermeister!

Die zufriedenen Bäderegehüllten in den
Bäderegehüllten-Bereinen oder was haben wir
von den Vergnügungs- und Dufel-Bereinen zu erwarten?
Gelegentlich der Malting-Verammlung im Gau Frankfurt
und der dann folgenden Velitionsversammlungen wandte
ich mich mittels einem Zirkular auch an die bestehenden
Gehüllten-Bereine im Gau. In demselben legte ich die Ziele
und Aufgaben des deutschen Bäder-Verbandes klar und
erklärte sie, die angelegten öffentlichen Versammlungen zu
beziehen. Auch erklärte ich mich bereit, in ihrer Vereins-
versammlung eventuell einen Vortrag über den Zweck und
Nutzen der Organisation zu halten. In verschiedenen
Städten, wie Wiesbaden, Darmstadt, Gießen, Offenbach
und Nassau, haben sich dieselben einigermaßen an den Ver-
sammlungen beteiligt, was mir mit Benützung hiermit
konstatieren. Nun sind aber von den Gehüllten-Bereinen
Mainz und Kreuznach Briefe an mich gekommen, welche
beweisen, daß gewisse Mitglieder dieser Bänder-Bereine sind.
Der Inhalt dieser beiden Schreiben ist interessant und
erheitend, weshalb ich sie den Mitgliedern nicht vorenthal-
ten will und sie hiermit der Öffentlichkeit übergebe. Der
Mainzer Verein schreibt wörtlich:

„Im Besitze Ihres geschätzten Rundschreibens vom
Januar teilen wir Ihnen, dem Beschluß unserer General-
versammlung zufolge mit, daß wir uns den von Ihnen auf-
gestellten extremen Forderungen keinesfalls anschließen, wir
vielmehr auf uns sympathischer Art und Weise mit den
Meistern abfinden, zumal wir uns für unsere Zukunfts-
position, die darin besteht einstens selbst Meister zu werden,
nicht geneigt sind, die Fundamente abzugraben. Im
Uebrigen bitten wir Sie höflich, uns für die Folge mit Ihren
Rundschreiben zu verschonen und zu zeichnen.

„Nachachtung Der Vorstand“

Und der Verein „Frühauß und Spätneider“ von Kreuz-
nach antwortet:

„In der heutigen Vorstandssitzung wurde allgemein die
Ansicht geäußert, daß ein derartiger Vortrag in hiesiger
Stadt als überflüssig zu betrachten sei, da die Arbeits-
Verhältnisse hier selbst so geordnet sind, daß Ihre Sache hier
keine günstige Aufnahme finden wird.

„Nachachtungsvoll zeichnet

Der Vorstand. Der Schriftführer.
H. Hüblich. Winter.“

Ich will mich jeder weiteren Bemerkung enthalten und
überlasse das Urteil über die Briefe jeden einzelnen Kol-
legen. Jeder wird nun einsehen, wohin er gehört und wo
seine Interessen wirklich vertreten werden, nämlich in der
gewerkschaftlichen Organisation, im Deutschen Bäder-
Verband.
Ed. Leibig.

Wie bei uns! Ueber die Lohn- und Arbeitsverhält-
nisse der Bäderegehüllten in Luxemburg ist uns noch wenig
oder fast nichts zu Ohren gekommen. Vor einigen Wochen
sah nun auch dort mit Hilfe des Kartells eine Gehülltenver-
sammlung statt. Wenn wir anfangs der Meinung waren,
daß in diesem kleinen Ländchen die Ausbeutungswut unserer
Arbeitgeber nicht in dem Maßstabe wie im Heimatlande
vorzuliegen ist, so haben wir uns darin bitter getäuscht;
ja insoweit sind wir voraus, daß wir „Bäderegehüllte“
aufweisen können. Im freien Lande Luxemburg hat der
Arbeitgeber einfach so lange in der Hand gehabt, bis die
Arbeit erbebte ist. (Nach diesen idyllischen Zuständen sehen
sich die Innungen zurück!) Kurz und gut, die Arbeitszeit
beträgt in den meisten Bädereien der Stadt Luxemburg 15,
16, 17, 18 und sogar täglich 20 Stunden. In den kleineren
Orten wird oftmals vom Samstag auf Sonntag durchge-
arbeitet. Demgegenüber sind die Löhne um desto schlechter.
Was soll ein Monatslohn von 30—35 Fr. in der so teuren
Gegend bedeuten? Die Organisation wollte auch hier
Dresche legen, indem den Gehüllten der Weg zur Eingießeit
gezeigt wurde. Einige Kollegen unterzogen sich mit Freude
der Meinungsarbeit und alles erweckte den Anschein, daß nun
auch dort eine tatkräftige Bewegung für unsere Kollegen im
Entstehen begriffen ist. Doch die Meister waren anderer
Meinung. Sie hatten schon von ihren deutschen Nachbarn
gehört, daß der Arbeiter rechtlos erhalten und rechtlos
bleiben soll. Um den Gehern nicht lange Zeit und Gelegen-
heit zum Ueberlegen ihrer künftigen Pläne zu geben, griffen
sie ganz einfach zu dem probaten Mittel und gründeten nach
dem deutlichen Muster einen Krimbimverein. Der luxem-
burger Oberinspektor schlug noch den Record bei allem
bis jetzt Dagewesenen und stellte sich als Vorsitzender an
die Spitze seiner fleißigen Gehellen, der hochbeinigen Heber
wegen wurden nach deutscher Scherzmaierweise aus der
Stadt vertrieben. Und seitdem herrscht wieder Ruhe und
eitel Freude in der Stadt Luxemburg. Die Unternehmer
konnten diesmal noch das Strohhalm unterdrücken und zum
Verdrusse bringen. Ob es ihnen auch bei einem nochmaligen
Anlauf der organisierten Kollegen gelingen wird? Aber
auch überall, wo wir den Fuß bei unerer Aufklärungsa-
rbeit hinsetzen, arbeiten die Meister nach dem deutschen
Schema F. dagegen. Und in diesem Falle machten sie gleich
reinen Tisch mit ihrer Zerstücklungsarbeit; der lokale
Luxemburger Obermeister übernahm selbst das mühselige
Amt eines Krimbimvereinsvorsitzenden. Er wird wohl nicht
eines Tages der Versuchung unterliegen und in die Fuß-
stapfen der deutschen Ehrenmänner von Bismarck und
Meh treten! —

Patent-Bericht, mitgeteilt vom Patentanwalt
Dr. Fris Buchs, dipl. Chemiker, und Ingenieur Alfred
Domburger, Wien VII., Siebenbrunnengasse 1. Auskünfte
in Patentangelegenheiten werden Abonnenten d. M. un-
entgeltlich erteilt. Gegen die Erteilung unten angeführter
Patentmeldungen kann binnen zweier Monate Einspruch
erhoben werden. Auszüge aus der Patentbeschreibung und
einem. Probe der Zeichnung werden von dem angeführten
Patentamt zum Preise von 5 Kr. angefertigt.
Lehrreich: Einspruchsfrei bis 2. Mai 1905. Nr. 2 b. An-
triebsvorrichtung für die Abwärme von Hoch- und Kinetom-
schinchen mit zwei Sägen radial gerichteter Ankerarme.
Ernt. Friedrich Wilhelm Wieda, Paterson, N. Y. U.
Deutsch Reich: Gebrauchsmuster: Nr. 2 b. Apparat zum
Mechanischen Einsetzen von mittels Maschine geformten
Strom aus einem Teil enthaltenden Gebaute mit dröhbarer,
durch den Deckel reichender Saige. Siaso Schulzschs
Wagner ved Schulzsch & Wagners, Kopenhagen. Nr. 2 b.
Antrieb mit schraubförmigen Radern für Feigleit- und
Widerradmaschinen. Viktor Wermann, Rittau. — Lehr-
reich: Einspruchsfrei bis 15. Mai 1905. Nr. 2 a. Anton
Wagner, Privatier in Mauerbach, Nieder-Österreich,
Patentamt. Im Besonderen ist eine Anzahl aufzuführender,
in einer zur Beobachtungstrichtung parallelen Ebene ange-
ordneter Kämme untergebracht, die oben durch ein gemein-
schaftliches, zum Abzug in derselben Ebene führendes Rohr

miteinander verbunden sind, um bei unbehinderter Be-
schädigung und Entleerung des Ofens die Heizoberfläche mög-
lichst groß zu gestalten. — Um den Feuerungsraum im
Innern des Ofens ist ein mit der Außenluft in Verbindung
stehender Mantel angeordnet, mit welchem mit feillichen
Öffnungen versehene Verteilungsröhre kommunizieren, um
die Warmluft gleichmäßig zu verteilen. Als wärmeauf-
speichernde Schicht an der Bodraumwandung dient eine
Liefellage, die durch Drahtneße oder Stütze festgehalten ist.

Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften.

Altona. Eine von gut 200 Mitgliedern besuchte
Versammlung tagte am 19. März im Lokale des Herrn
Fels. Tagesordnung: Sanktionierung der Seltionsbeschlüsse
betreffend einer Lohnbewegung. Nachdem der Vorsitzende
die Forderungen verlesen hatte, beschloß die Versammlung,
die Punkte einzeln durchzuberaten. Die Versammlung
stimmt nach zweistündiger reger Diskussion den Forder-
ungen zu bis auf Punkt 3 Abs. B, welcher noch einer
Aenderung bedürfte. Kollege Friedmann spricht der Ver-
sammlung seinen Dank aus für die friedlichen Verhand-
lungen in Betreff der Forderungen. Redner hofft, daß
wir hier in Altona und Hamburg, ebenso wie in Berlin
und München, einen Tarifabschluß zustande bekommen.
Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege Memmen
mit 83 von 105 Stimmen gewählt. Die einmalige Er-
hebung einer Extrasteuer von 1 M für Monat März fand
einstimmige Annahme. Die Anstellung eines Beamten für
Altona-Hamburg wurde von einigen Kollegen scharf kriti-
siert und müßte eine Verschmelzung der beiden Abteilungen
nach sich ziehen. Friedmann erklärt, daß die Anstellung
von Ortsbeamten nur Almanns eigene Ansicht sei.

In Breslau beschäftigten sich die Kollegen mit der
Gewährung einer freien Nacht an den hohen Festen und
reichten an die zuständige Behörde ein Gesuch ein mit dem
Antrage, durch Verordnung im Bäderegewerbe zu den hohen
Feiertagen vom ersten auf den zweiten Tag vollständige Ar-
beitsruhe einzuführen. In diesem Antrage sollten sich zu-
nächst die Arbeitgeber äußern, und es fand auf Veran-
lassung der Behörde unlängst eine Versammlung der
Bädereieinheiten statt. Der Versammlung wohnte der könig-
liche Gewerbeamt Herr Peterien bei. Der Antrag wurde
mit Mehrheit abgelehnt, obwohl sich eine Anzahl Meister
für Annahme ausgesprochen hatten. Der Gewerbeamt wollte
nun auch die Meinungen der Gesellen hören und sprach dem
Gesellenausschuss den Wunsch aus, daß zu diesem Zweck
eine Gesellenversammlung stattfinden möchte. Der Gesellen-
ausschuss veranstaltete eine solche am 14. März in der
„Slaka“, Nikolaistrasse, zu der der gesamte Innungs-
vorstand und eine Anzahl Meister, besonders die, die gegen
den Antrag gesprochen, schriftliche Einladungen erhielten. Die
Versammlung war zahlreich, auch von Meistern besetzt.
Der Gewerbeamt nahm gleichfalls an derselben teil. Der
Altmeister berichtete über den Verlauf der Innungsver-
sammlung, worauf eine rege Diskussion entstand. Herr
Bädermeister Köster erklärte, er wolle gern seinen Ge-
sellten, er beschäufte deren neun, eine Arbeitsruhe gönnen, aber
zu den Festen könne er das unmöglich. Er habe große
Restaurants, Weinhandlungen usw. zur Kundenschaft, die er
auch zu den Feiertagen mit Gehältern versehen müsse. Bei
ihm gehe es absolut nicht. Die Bäder, die dazu imstande
seien, sollen es ruhig tun, er könne es nicht. Es sprachen
alldam Gesellen, von denen die Ausführungen der Kol-
legen Ziegen und Wache hervorzuheben sind. Ziegen be-
merkte, daß die Meister sich sträuben der Konkurrenz
wegen, damit der eine nicht mehr Kunden bekommen solle
als der andere. Von vielen Meistern werde selbst zuge-
geben, daß die Betriebskosten am ersten Festtage größer
seien, als die Einnahmen, und so könnte man die Weige-
rung nicht verstehen. Der Bäder habe weder Sonntag
noch Feiertag Ruhe, wie eine Maschine müsse er arbeiten,
sonst Tage im Jahre sonntags Tage müsse er ohne Ruhe
und Kraft tätig sein. Man könne es den Meistern nicht
überlassen, sie die Arbeitsruhe einzurichten wollen, die
Hauptfrage sei doch die, daß die Arbeiter wenigstens an
den hohen Feiertagen sich einmal ihres Lebens erfreuen
können. Beim Bädereistrel habe man der Forderung auf
eine freie Nacht zugestimmt, aber wie ist das Versprechen
gehalten worden? Die Meister wollen einfach nicht. Daß
sie dazu nicht imstande seien, sei eine pure Ausrede; was
in anderen Städten möglich war, ist in Breslau nicht un-
möglich. Es werde immer von den Meistern behauptet,
viele Gesellen wollten gar keine freie Nacht, das glaube
niemand, welcher Geselle wollte zu den Feiertagen sich nicht
einmal ausruhen. Ziegen hofft, daß die Behörden sich trotz
des absehenden Innungsbeschlusses sich nicht abhalten lassen
werden, die so berechtigete notwendige Verordnung zu er-
lassen. Wache wies auf die zu Weihnachten u. s. in Berlin
erlassene Polizeiverordnung, betreffend die Knechtin, hin,
mit der die Berliner Meister sich ganz gut abgefunden
haben. In Breslau sei es nur als jämmerlicher Trost aus-
zugeben, wenn der Antrag nicht genehmigt wird. Die Ware,
die am ersten Feiertag hergestellt wird, sei wirklich ganz
minimal, und dazu zum Teil untauglich. Die Meister
begehen die Verirrung, daß viele unter ihnen sich an den
Beschlüssen nicht halten und doch baden würden. Diese Ver-
irrung brauchen sie nicht zu hegen, die Gesellen werden
für die nötige Kontrolle schon Sorge tragen. Die Verord-
nung muß und wird kommen, mögen die Meister sich noch
so sehr sträuben, alle anderen Berufe haben ihre Arbeits-
ruhe, nur die Bäder haben keine. Die Kollegen sollten nur
einig sein. Herr Bädermeister Ritter äußerte sich dahin,
daß die Person, die den Bädereistrel erwählt hat, sich die
Nacharbeit gefallen lassen müsse, es gäbe ja so viele Be-
amten, die die Nacht hindurch auf dem Posten sein müßten,
so s. B. die Schulzente, die Eisenbahner, die Feuerwehr
usw. Wache hätte gegen seine eigenen Kollegen einen
schweren Vorwurf erhoben, wenn er sagte, die Feiertags-
arbeit lauge nicht viel. Wache erwiderte: Herr Ritter
vergeße, daß die von ihm genannten Beamtencategorien
auf Lebenszeit gegen festes Gehalt angestellt sind. Die
Bäder aber müßten für einen erbärmlichen Lohn die
Nacht durcharbeiten und ihre Existenz sei zudem eine sehr
unsichere. Mit solchen Beispielen sollte man den Gesellen
nicht kommen. Er habe nicht den Kollegen einen Vorwurf
gemacht. Der Vorwurf treffe vielmehr das Arbeitssystem
im Bäderegewerbe, daß den Bädereigefellen vor und zu den
Feiertagen dermaßen streng, daß er schließlich bei der
Arbeit ermüdet. Wache bemerkte zum Schluß, daß die
Vertreter der Behörden durch den Verlauf der Versamm-
lung und der Uebereinkunft gelangt sein werden, daß es
den Gesellen mit ihren Forderungen ernst sei, das dar-
überstehende Bäderegewerbe zu haben, daß die gerech-
tigiten Forderungen stellen, die bei gutem Willen zu er-
füllen sind. Auf das Zugeständnis der Meister sei aber

nicht zu rechnen. Darum müsse die Regelung durch ge-
richtliche Maßnahmen erfolgen. Hierauf wurde von der
selben einstimmig folgende Resolution angenommen:
„heutige Versammlung der Breslauer Bäderegehüllten erte-
ilte als eine beschämende Tatsache, daß die Forderung
drei Ruhetagen im Jahre überhaupt noch gestellt wer-
den; um so beschämender aber ist es für unsere Bäder-
innung, wenn sie dieser winzigen und gerechten Forderung
noch entgegentritt. Weil der berechtigete Wunsch der Ge-
hüllten, an den drei hohen Feiertagen je einen Ruhetag
haben, auch von einem großen Teile der Meister be-
wehrt wird, und weil diese Forderung, wenn allge-
durchgeführt, die unlautere Konkurrenz beseitigt und
ganzen Gewerbe nur Nutzen kann, erwartet die Verfan-
lung von den zuständigen Behörden bald die beehrte
Verordnung, durch welche in den Bädereien dreimal
Jahre eine 3stündige Ruhezeit erreicht wird. Die
kauer Bädereigefellschaft protestiert gegen die Stelle-
nahme der Innung zur Frage der Feiertagsruhe, und
Erwägung dessen, daß im Bädereberufe trotz Nachtar
und überlanger Arbeitszeit bei den jämmerlichen Löh-
nen die sieben tägige Arbeitswoche besteht und andere
hunderte und tausende von Gesellen arbeitslos sind
wegen der Ueberfüllung im Beruf diesen verlassen müß-
verpflichten die Verantwortlichen, sich nun der Organisati-
anzuschließen und halten die Zeit für gekommen, wo
im Bäderegewerbe jede Woche ein Ruhetag eingeführt
werden muß.“

In Frankfurt a. M. wurde die gut besuchte öffent-
liche Versammlung am 15. März, die im großen Saale
Gewerkschaftshauses tagte, im wahren Sinne des Wo-
zu einem feinen Arbeitertage. Einige prächtige, von
russangehörigen vortragenden Freiheitslieder erzeugten
wirksame Stimmung zum Vortrag des Genossen Max
Manasse über Revolution und Krieg. Die wahre Vater-
landsliebe, religiöse Ansichten und die Stellung der pol-
tischen Parteien zum Krieg, ferner die Barbarei des Kri-
selbst und das Verhalten eines freiheitlich denkenden
Mannes zu derselben, Soldatendienst, Soldatenmisshand-
lungen, alles das betrachtet vom Standpunkt des Ban-
genossen und Gewerkschaftlers, verstand der Referent
wirkungsvollen Bildern zu schätern. Zum Schluß ertönte
wieder die herrlichen Hymnen eines Arbeiterliedes.

Am 14. März sollte in Hannover a. M. eine öffent-
liche Versammlung stattfinden, aber leichsinntigerweise hat
der Vorsitzende, Kollege Sausel, die Versammlung nicht
angemeldet, was auch zu derselben nicht erschienen. In
waren daher gezwungen, nur eine Preisprechung abzuhalten
in welcher Kollege Kiesel aus Hedenheim bei Frankfurt
a. M. das Wort über unsere Tagesordnung hatte. Kiesel
führte in zu Herzen gebenden Worten den Kollegen
Augen, wie und in welcher Art und Weise die Reorganis-
rung der Bädereiverhältnisse stattfinden sollte. Auch
heutigen Bädereiverhältnisse, vor allen Dingen den Rat
arbeitsstag erläuterte er in eingehender Weise. Es war
besonders in Hannover an der Zeit, daß die Kollegen
Erkenntnis kommen, und sich organisieren, denn die
lichen Verhältnisse sind nicht gerade die rosigsten, aber lei-
stet es hier an Kollegen, welche die Führung in energische
Weise in die Hand nehmen. Sollten irgendwo Kollegen
sein, welche sich die Sporen in der Agitation verdienen
wollen, so wäre Hannover der geeignetste Platz als Bismarck
zu wirken und zu schaffen. Ein neues Mitglied wurde
Verbände zugeführt.

Am 19. d. M. fand in Pottowiz eine außerordent-
liche Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung war
hauptsächlich der Ren- resp. Nachwahl gewidmet. In
Diskussion vor dem Wahlakt war die Stimmung eine
spannte. Fast alle Kollegen fanden für das Verhalten
Genleiters Ziegen nicht den geringsten Anlaß vor;
sprachen sich einstimmig darüber aus, die Wahl noch
vorzunehmen, den Kollegen Hödt als beste Demonstration
einstimmig wiederzuwählen. Kol. Poppe brachte ein
Antrag ein, welcher die schibigen Tage stattfindende Ver-
sammlung aufforderte, gegen das Verhalten des Ge-
leiters Ziegen beim Hauptvorstand Protest einzulegen. Der
Antrag wurde schließlich nach erregter Debatte einstimmig
angenommen. Der nachherfolgende Wahlakt brachte
Schulz, daß Kollege Hödt wieder einstimmig bei ein-
Stimmhaltung gewählt wurde.

In Königsberg fand am 12. März eine öffent-
liche Versammlung statt, in welcher Genosse Linde über
Tage referierte: „Sind wir fähig, in diesem Sommer
Forderungen an unsere Meister zu stellen?“ Referent
schildert die Königsberger Kollegen als die schlechtesten orga-
nisierten und meint dabei auf die Berliner Kollegen hin,
denen man früher das Beside sagen konnte, die jetzt aber
selbst ihrer guten Organisation ihre Lage bedeutend ver-
bessert hätten. Weiter schildert Genosse Linde die Aus-
beutungswut der hiesigen Meister. Ihre einzige Sorge
mit der sie alles abwehren, falls der Geselle mal ein po-
sternig Lohn oder besseres Essen wünscht, ist die, den Ge-
sellten auf seine Zukunft, auf das Selbständigwerden,
verdrängen. Auch kommt es vor, daß die Meister Gesellen,
die sich am liebsten an der Raie herumdröhen und so
lange Jahre ausbeuten lassen, sogar mit Ehrenzeichen und
Medaillen belohnen. Weiter schildert Referent den Auf-
wuchs des Verbandes und was derselbe errungen hat. Er ermahnt
die Kollegen über alles anzuhängen und sie der Organisati-
on zuzuführen, denn erst dann seien wir fähig Forder-
ungen zu stellen. In der Diskussion sprachen die Kollegen
Droß, Jähne und Brodie im Sinne des Referenten.
Weiter wurde die Sonntagssruhe kritisiert und von den
Kollegen Droß und Brodie hervorzuheben, daß Gesellen
und Lehrlinge aus Mangel an dem Meistern, dem Beamten
wenn er revidieren kommt, die Unruhezeit lesen, wodurch
demselben die Revision erschwert wird. Kollege Jähne
berichtet, daß die hiesige Innung sich aufgelöst hat, alle
Verbandsgegellen vom 1. April ab von der Arbeit auszu-
schließen und erlaubt alle Kollegen, sich nicht auf Arbeit
führen zu lassen und weiter für den Verband zu streben.
Nach einem kräftigen Schwur des Referenten, in de-
er die Kollegen erucht, sich zu organisieren, wurde die
Versammlung geschlossen.

In Weßlar ließen unsere Mitglieder am 15. März
eine Bezirksversammlung ab, um zur Delegiertenwahl zu
Generalversammlung Stellung zu nehmen. Unter Land
der Kollege Dott, erklärte, daß er dem Wahlkomitee mit-
gestellt habe, keine Kandidatur zurückzugeben; allerdings
reglementarische Umstände hätten ihn dazu veranlaßt,
Nach einer rege Diskussion und Beschluß der Kom-
mission wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:
„Die heutige Bezirksversammlung der Weßlarer Bädereigehüllten
über protestiert energisch gegen die nachherige An-
stellung des Kollegen Leibig als Kandidat im 22. Wahl-
kreise, nachdem die Kandidatur des Herrn Leibig
und Kol. Leibig bei der Wahl in Frankfurt a. M. bereits

Verbands-Mitglieder! Die Organisation ist die Waffe zur Er kämpfung menschenwürdiger Existenzbedingungen; sie ist der Schutzwall gegen die Unterdrückungsgelüste unserer reaktionären Innungsmeister, deshalb bezahlt pünktlich und regelmäßig eure Beiträge und werbet unablässig neue Kämpfer für den Verband, damit unsere Organisation nach innen und außen gestärkt werde.

Die Diskussion über die Aufgaben des Verbandstages.

Wenn man nach dem alten Erfahrungssatz im gewerkschaftlichen Leben urteilen will, daß nämlich die schärfsten Gegner jedweder Neuerungen zuerst das Wort ergreifen, dann kann man getrost auf Grund der in diesem Blatte gepflogenen Diskussion über die Anträge des Verbandsvorstandes sagen, daß die übergroße Mehrzahl der Verbandsmitglieder der Ueberzeugung sind, daß die Anträge des Verbandsvorstandes verfahren, heißt die Organisation im Interesse ihrer Mitglieder und ihrer gestellten hohen Aufgaben besser ausbauen, dieselbe innerlich stärken und kräftigen! Doch wir wollen hier nicht große Betrachtungen anstellen über die Aussicht dieser Anträge, sondern uns zunächst einmal mit den Auslassungen der Artikelschreiber beschäftigen.

Da sind zunächst die trefflichen Ausführungen des Kollegen Moller-Schwerin für Verbesserung der Unterstützungsweize und dadurch notwendig werdende Beitragserhöhung. Derselbe hat vollständig Recht, wenn er ausruft: „Es wird uns alles wieder zu gute kommen“, denn das war auch der Grundsatz des Verbandsvorstandes bei Stellung der Anträge. Der größte Teil der Einnahmen der Hauptkasse aus der Erhöhung der Beiträge soll den Mitgliedern in Form verbesserter Unterstützungs-einrichtungen wieder zu gute kommen, soll also in die Taschen der arbeitslosen und kranken Mitglieder wieder zurückfließen, wie wir das in dem Artikel über das Unterstützungsweize des letzten Jahres zahlenmäßig nachgewiesen haben. Aber die Gegner dieser Anträge verschweigen — wir nehmen zu ihrem Gunsten an, daß sie das nicht in böser Absicht tun — das geschildert, und mancher von diesen Kollegen hat schon in Versammlungen die Sache so hingestellt, als sei die Beitragserhöhung notwendig zur Bezahlung der unbedingt notwendigen Ortsbeamten in großen Zählstellen. Das ist eine unehöne Verdrehung der Tatsachen! Bis jetzt hat sich noch jeder Beamte der Organisation, sei es nun Gau- oder Ortsbeamter, in kurzer Zeit durch bedeutende Mehreinnahmen der Organisation aus diesem Bezirk bezahlt gemacht und in dem einzigen Falle, wo dieses nicht zutrifft wegen mangelhafter Agitation des Betreffenden, hat derselbe bald gehen müssen! Man kämpfe also nicht weiter mit solchen unanständigen Mitteln, denn für die Anstellung von Stützbeamten, dort wo sie unbedingt notwendig sind und wo sie sich schon nach kurzer Tätigkeit bezahlt machen müssen, bedarf es keiner Beitragserhöhung. Deren Gehalt wird sich durch die Einklassierung von Beiträgen von solchen Mitgliedern, die sonst dem Verbands verloren geben würden, weil sie zu pfegemäßig sind, unaufgefordert ihre Beiträge zu bezahlen und die nun energisch zum Zahlen angehalten werden, in kurzer Zeit doppelt und dreifach ausbringen lassen, wie das bisher die Erfahrung gelehrt hat.

Der andere Teil der Mehreinnahmen aus den Beiträgen soll in den Mitgliedschaften, die keine angeheftete Person haben, verbleiben, damit diese in der Lage sind, besser und planmäßiger agitieren zu können und auch, um ihren Vertrauensleuten eine kleine Entschädigung für deren Mißverwaltung gewähren zu können. Doch letzteres eine unumgängliche Notwendigkeit allein schon wegen der großen Mühe und der verschiedenen kleinen Ausgaben, die solcher Posten für die Person mit sich bringt, wird niemand leugnen wollen. Die immer komplizierter werdende Verwaltung der Mitgliedschaften fordert solche kleine Entschädigung kategorisch, wollen wir aus dem großen und organisationschädigenden Wechsel der Vertrauensleute in den Mitgliedschaften herauskommen und uns tüchtige und erprobte Kräfte auf ihren Posten erhalten.

Kollege Mastig befürchtet, daß ihn mancher ob seiner Anregungen für verrückt halten wird, und wir glauben, daß auch viele Mitglieder diese Meinung vertreten, obgleich auch viele mit seinen Anregungen betr. 2 Beitragsklassen einverstanden sein werden. Und auch auf die Gefahr hin, daß man von uns das Gleiche behaupten wird, wie von Mastig, müssen wir uns mit seinen diesbezüglichen Anregungen einverstanden erklären. Wir sind der Ueberzeugung (diese hat uns die Erfahrung erdrückt), daß auch in unserem Verbands die längste Zeit nur eine Beitragsklasse bestanden hat. Die Entwicklung der Verhältnisse drängt gebieterisch dahin, mehrere Klassen einzuführen. Jedoch halten wir diese Frage noch nicht ganz fürschreibend und wollen uns heute nicht mit ihr ausführlich beschäftigen. Bemerkenswert sei aber das eine, daß uns nur Gründe verwaltungsstechnischer Natur heute noch Abstand nehmen lassen, dieses Problem lebhafter zu propagieren. Mehrere Beitragsklassen — das steht unumstößlich fest — machen die Verwaltung und Kostenführung in den Mitgliedschaften und nicht weniger in der Hauptverwaltung sehr kompliziert, und für solche komplizierte Verwaltung ist uns das allgemein anzutreffende Verhältnis in der Organisation noch nicht reif. Mastig würde auch Laib den Monatsausgaben können, wenn er bei einem Wochenbeitrag von 1 M nach Büchschlicher Mitgliedschaft 20 M, nach 52 Wochen 120 M, nach 156 Wochen 25 M und nach 208 Wochen 40 M Unterstützung ausbezahlen wollte! — Die Unterstützungsarten über 2 M pro Tag hinaus werden wir auch erst greifen können, wenn die allgemeinen Lohnverhältnisse unserer Kollegen um mindestens 25 Prozent angehoben sind. So lange wir aber noch Durchschnittslöhne bei Kost und Logis von 20 M pro Woche und das Kost- und Logisverhältnis in nennenswerter Bedeutung überhaupt noch haben, oder Löhne von 23,37 M pro Woche

ohne Kost und Logis (wie jetzt nach unserer Statistik), ist aus sehr gewichtigen Gründen nicht daran zu denken, daß wir die Unterstützung in höheren Sätzen als täglich 2 M einführen können.

Die jetzige Form der Unterstützungsanzahlung, welche solche Mitglieder, die nur kurze Zeit (weniger als sieben Wochen) arbeitslos waren und das Jahrespensum der Unterstützung in mehreren Perioden bezogen, benachteiligte gegenüber den Mitgliedern, die ihre Unterstützung voll hintereinander bezogen, will auch der Vorstand durch seine Anträge bereinigen. Aber auch diese Verbesserung erfordert nicht ganz unbedeutende Mittel, wie wir in dem Artikel über das Unterstützungsweize ausgeführt haben.

Wenn Mastig aber Leute anführt, die Unterstützung bezogen und nicht eher in Arbeit gehen wollten, ehe sie diese voll bezogen hätten und er hat nicht dafür gezwungen, daß durch die Hauptverwaltung solchen Massenarbeitern die Unterstützung entzogen wurde, so ist das schon zu verurteilen. Das Reglement bietet genügend Handhaben dazu und die sind auch von der Hauptverwaltung energisch zur Anwendung gebracht worden, wo solche Fälle gemeldet wurden.

Wenn Mastig an unserem Nachblatt kein gutes Haar läßt, so überreißt er ziemlich stark. Nicht wollen wir Sachverständige über den Inhalt unseres Nachblattes urteilen lassen und sind der Ueberzeugung, daß diese das Blatt als gut redigiert anerkennen, auch dies dann tun werden, wenn sie in dem Glauben sind, der Redakteur habe nichts anderes zu verrichten, als die Zeitung zu redigieren und zu expedieren. Letzteres ist nun allerdings nicht der Fall und in den letzten 2 Jahren hat der Redakteur nie mehr als 1 1/2 bis 2 Tage pro Woche auf Herstellung der Zeitung verwenden können.

Mastig befindet sich auch in einem großen Irrtum, wenn er sich dem Glauben hingibt, daß ein Redakteur mit etwas mehr Zeit mehr agitatorische Artikel, dabei die beruflichen Verhältnisse berührend, und ausföhlend, schreiben könnte. Wir glauben kaum, daß aus der Feder des Redakteurs eines Gewerkschaftsblattes mehr Artikel als im Jahre 70 bis 80, wie das bei uns immer der Fall war, kommen können.

Wir behaupten aber auch, daß Mastig die Aufgaben eines Gewerkschaftsorgans ganz falsch definiert. Nach ihm soll dasselbe immer und immer wieder die elementarsten Begriffe der Notwendigkeit der Organisation bei den Indifferenten wecken und das kann und darf nach unserer Meinung kein Gewerkschaftsorgan, sondern es hat sich der Durchschnittsbildung seiner Mitglieder anzupassen, soll in sozialpolitischen und agitatorischen Artikeln den agitatorisch tätigen und reiferen Mitgliedern Anregendes bringen, um ihr Wissen zu vervollkommen und ihnen neue Waffen im Kampfe liefern; von Zeit zu Zeit sollen dann auch mal Artikel gebracht werden, die den Wissenden nichts Neues, aber für junge Kollegen und neue Mitglieder die ersten Anregungen bringen, die in ihnen die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Organisation einpflanzen; dann sollen organisatorische Probleme im Nachblatt erörtert und gelöst werden; daneben müssen in kurzen Notizen die Gegner und deren Presse scharf unter die Lupe genommen werden; alle wichtigen Vorgänge aus dem Verbandsleben sind zu berichten; die Mädelereimhältnisse müssen immer wieder an das Licht der Öffentlichkeit gesetzt werden; die unsere Kollegen interessierenden Fragen des Genossenschaftslebens sind zu erörtern und wichtige Vorgänge aus der allgemeinen Arbeiterbewegung zu berichten. Letzteres ist wegen Mangels an Zeit in unserem Nachblatt zu wenig geschehen, aber sonst erfüllt und erfüllt noch stets dasselbe seine Aufgabe. Könnte etwas mehr Zeit an den Inhalt des Blattes gewandt werden und was die Hauptsache ist, hätte bisher nicht gerade in den bedeutendsten Perioden unseres Kampfes der Redakteur auf der Reise liegen müssen, dann wäre allerdings manches eingehender behandelt worden, als es geschehen ist. Aber wir befürchten, daß dieses auch in Zukunft nicht anders werden wird, denn in unseren Kampfsperioden, wo die verantwortlichen Personen bei den Kämpfen sein müssen, sieht es im Verbandsbureau immer so aus, daß eben nur unter Ausbietung aller Kräfte die dringendsten laufenden Geschäfte erledigt werden können. — Will Mastig also im Inhalt der Zeitung ein vollständig neues System einführen, so sind wir prinzipielle Gegner dieser seiner geäußerten Ansicht, denn die Aufgaben, welche er dem Nachorgan zuschreibt, kann es nicht erfüllen. Was es auf der einen Seite gewinnen würde, müßte es auf der anderen Seite wieder verlieren, denn es würde für alle auch nur einigermaßen fortgeschrittenen Mitglieder in seinem Inhalte ohne alles Interesse sein, wenn es sich immer nur an die neuen Mitglieder und noch ganz indifferenten Kollegen wenden wollte.

Wenn Mastig sagt, die Zeitung stellt in der Agitation nicht ihren Mann, oder: „agitatorischen Wert hat die Zeitung fast gar nicht“, so kann sie das mit Ausnahme von einzelnen Nummern in keinem Sinne auch gar nicht haben. Andere Kollegen werden aber mit uns der Meinung sein — und wir glauben, daß die übergroße Mehrzahl der Mitglieder den Inhalt der Zeitung sehr gern liest, haben bisher wenigstens nichts anderes beobachten können — daß der Inhalt des Blattes im allgemeinen großen agitatorischen Wert hat.

Ein Vacheln überkam uns, als Mastig den „Mann mit voller Geistesstärke“ verlangt für Redigierung des Blattes. Wir bieten Rat unter uns und kamen zu der Ueberzeugung, daß wir auch noch über ein ganz nettes Maß von Geistesstärke zu verfügen glauben, sind sogar der

unmähglichen Meinung, daß unsere Geistesstärke so schnell verweht, wie dies leider bei manchem recht nungsvollen jüngeren Kollegen zu beobachten war, damit wollen wir uns nicht weiter beschäftigen, wissen doch, daß st. mit seinen Ausführungen niemandem zu treten, sondern nur das Beste der Organisation mit. Doch auf eins müssen wir noch hinweisen. Mastig hat Ueberzeugung gewonnen, daß im Vorstand mit g. Kost gearbeitet werden muß und darin hat er unzweifelhaft recht. Das eine aber sei hier gesagt, diese Kost bleiben, wenn anstelle des jetzigen Hülfarbeiters ein angestellter Beamter kommt; im Gegenteil, durch seine geschlagene andere Gruppierung der Arbeit wird die in der Arbeit des Vorstandes schlimmer werden, man nur darauf bedacht ist, dem Redakteur Zeit zu zur Erledigung seiner Uebigkeiten schaffen zu wollen! 3 Mann reichlich mit Arbeit beladen sind und viele halten diese Arbeit, nur mit dem Unterschied, daß der weniger machen soll, als wir bisher, dann müssen eben beiden anderen noch mehr belastet werden. Den gewöhnlichen Erfolg würde st. durch seine Vorschläge also nicht reichen.

Mit seinen übrigen Ausführungen können wir einverstanden erklären. Sie zeigen, daß er weitwärts und das Verlangen hat, die Organisation leistungsfähig zu gestalten.

Die Frage der Lohnbewegungen und Streiks wird Mastig in einem Artikel erörtert. Unsere Absicht, im jetzigen Stadium besonders wichtige Frage in ein Artikel eingehend zu behandeln, mußten wir leider in Platz- und Zeitmangeln ausgeben und wird das auf Verbandstag selbst erst nachgeholt werden. Mastig ist in seinem Artikel auch nur die Frage der Regelung Lehrlingsfrage bei Lohnbewegungen. Er ist der Meinung, daß die Forderung nach Einschränkung der Lehrlings-tung in allen Städten mit Lehrlingszuchterei bei Lohnbewegungen mit gestellt werden muß; ob man sie dann recht erhalten kann, ist eine andere Frage. Besonders dann wird solche Forderung nicht aufrecht erhalten werden können, wenn zur Arbeitsniederlegung, zum Streik griffen werden muß. Ohne zu verkennen, daß in der Frage keine Grundfrage für alle Fälle festgelegt werden können, muß doch die Frage einmal prinzipiell entschieden werden und da sind wir der Ueberzeugung, daß überall Lohnbewegungen mit gefordert werden müßte: Meister mit keinem oder bis zu 2 Gesellen dürfen auf alle Fälle nur einen Lehrling halten, Meister mit 3 bis 6 Gesellen dürfen höchstens 2 Lehrlinge halten, und solche mit mehr als 6 Gesellen dürfen nicht mehr als 3 Lehrlinge halten.

Was es zum Abschluß von Tarifen kommt, müßte solche Bestimmungen mit in den Tarif angenommen werden. Dabei wäre allerdings ein Uebergangsstadium festzulegen bis wann die Meister diesen Bedingungen nachkommen müssen; denn man könnte ja nicht verlangen, daß Meister mit mehr Lehrlingen diese sofort entlassen, so wozu er ja auch gar nicht imstande wäre, ohne den lassenden Lehrlingen Schadenersatz leisten zu müssen.

Kommt es in einer Stadt dazu, die Forderungen einzelnen Meistern einreichen zu müssen nach Abschluß der Verhandlungen mit deren Korporationen, dann für diese Forderung nicht mehr in derselben Weise aufrecht gehalten werden, sie müßte wenigstens etwas anders formuliert werden.

Aber bei Streiks muß auf alle Fälle der Grund hochgehalten werden, daß von solchen Lehrlingszuchterei, die keine Gesellen, sondern nur Lehrlinge beschäftigen, auf keinen Fall eine Bewilligung entgegengenommen werden kann. Nur in ganz vereinzelt und besonders gelagerten Fällen kann von diesem Grundsatze abgewichen werden. — Wir würden außerdem die Lehrlingszuchterei vergrößern helfen, wenn wir von solchen Lehrlingszuchterei Bewilligungen entgegennehmen. — Wenn diese Art zur Vergrößerung ihres Umfanges und zur Einstellung von weiteren Lehrlingen Vorwand sein.

Daß neben der Bekämpfung der übergroßen Lehrlingszuchterei auf solche Art auch der Kampf gegen dieses Uebel durch Ringschriften noch energisch weiter geführt werden muß, das ist selbstverständlich. Daneben müssen aber unsere Kollegen in den Gesellenausschüssen der Innungen mit mehr Energie und mit mehr Geschick als bisher in übermäßigen Lehrlingszuchterei auf den Leib rücken. Da sie muß die Initiative ergreifen werden, daß die Hauptkammern die übermäßige Lehrlingszuchterei einschneidende Bestimmungen erlassen.

Kollege Kruse-Munzberg sieht die vorgeschlagene Beitragserhöhung auf 50 S für notwendig und nützlich befürchtet aber, daß durch diese in den Kleinstädten, wo nur sehr geringe Löhne vorhanden sind, die Agitation sehr erschwert wird. Diese Befürchtung wird durch die Tatsache widerlegt, daß bei allen unseren bisher vorgenommenen Abstimmungen über Beitragserhöhungen die Kollegen der Kleinstädte, also die mit den niedrigsten Löhnen meistens geschlossen dafür gestimmt haben während die ablehnenden Stimmen gerade aus den Großstädten kamen und zwar meistens von solchen Kollegen, welche die höchsten Löhne haben.

Diese bei allen Abstimmungen festgestellte Tatsache (die besonders deutlich bei der namentlichen Abstimmung im Herbst 1901 zum Ausdruck kam), wollen die Gegner der Beitragserhöhung so gern vergessen machen, wie sie beweist, daß unsere Mitglieder mit geringen Löhnen auf die man so gern die Ablehnung der Beitragserhöhung hinweist, gar nicht gegen eine solche sind.

Die Kollegen, welche sich wegen der Höhe der Beiträge sträuben, der Organisation anzugehören, würden wir auch nicht als Mitglieder bekommen, wenn die Beiträge, anstatt erhöht, auf die Hälfte ermäßigt würden.

Kollege Kruse betont mit Recht, daß nicht die erhöhten Beiträge allein die Organisation nachwärts drückt und die Mitgliederzahl vergrößert haben. Gewiß hat auch die zunehmende Konzentration zu Großbetrieben und die Errichtung von genossenschaftlichen Betrieben in wesentlichen Teil dazu beigetragen, der Organisation mehr Rückhalt zu gewähren. Ebenso haben energische, planmäßige Agitation und glänzende Lohnbewegungen ein un-

besser. Die von Allmann als erreichbar bezeichnete Zahl Mitglieder ist in einigen Jahren nicht sicher. Was die bezeichneten großen Städte und Industriebezirke daran fehlen lassen, ersetzen die kleineren Städte, die ungewissheit auch bessere Fortschritte machen können. Jetzt liegen ihnen aber die selber noch zurückbleibenden Großstädte hindernd im Wege. Auf diesem Gebiet muß der Verbandstag die Vahn frei machen, denn hieron hängt die Entwicklung des Verbandes in den nächsten Jahren ab. Seid doch nicht so kleinlich und engherzig! Erkennt das ganz natürliche Wesen der Gewerkschaftsbewegung! — Für mich liegt das so klar, wie nur irgend etwas. Also vorwärts, immer vorwärts auf der Bahn, die wir seit einigen Jahren mit so großem Erfolge beschritten haben.

Beamte und Delegiertenwahl.

Nicht weniger als sieben Anträge liegen zum Verbandstage vor, in welchen verlangt wird, „Beamte dürfen nicht als Delegierte gewählt werden.“ Im § 37 unseres auf dem Dresdener Verbandstage revidierten Statuts ist ganz deutlich ausgesprochen, daß „Beamte“ des Verbandes, sowie der Vorsitzende des Ausschusses von dem Stimmrecht ausgeschlossen sind, auch können dieselben nicht als Delegierte gewählt werden. Diese scheidet nunmehr vorweg von den sieben gestellten Anträgen aus. Es bleiben lediglich die sogenannten „Gaugrafen“ und die „Herren Lokalbeamten“ übrig, denen nun ebenfalls durch die gestellten Anträge das Stimmrecht genommen werden soll. Sie sollen mit einem Wort gesagt, zu Mitgliedern zweiter Güte degradiert werden. Weil sie bei allen Agitationsarbeiten, bei Schlichtung von Differenzen, bei Leitung von Lohnbewegungen sein müssen, dürfen sie in Zukunft, nach Ansicht der Antragsteller, nicht als stimmberechtigtes Mitglied auf dem Verbandstage. Vor und nach demselben muß der Gaugraf mit einer Grafschaft, die nirgends Anstoß erregt, die Beschlüsse zur Durchführung bringen. Ach, wie mällig sieht dann der stimmberechtigte Delegierte und läßt den Gaugrafen die Hausrechtsarbeiten verrichten! Da kann man gewiß nicht mehr von der vielgepriesenen Demokratie, welche in den freien Gewerkschaften steckt, viel Aufhebens machen.

Warum sollen nun die „Beamten“ nicht als Delegierte zum Verbandstage gewählt werden können? Nur schade, daß die Beweggründe zu den Anträgen nicht mitveröffentlicht werden. Ein Sammelurteil von sieben Arten würde sich sicher ergeben, welche wiederum auf das eine hinauslaufen, daß der Beamte 1. die Rührung mit der Masse verloren hat; er kann sich nicht mehr in die Verhältnisse eines Gehülfen hineinfinden und sei nicht mehr in der Lage, über diese objektiv urteilen zu können. 2. wird eine weitere Ursache die sein, daß der Beamte mehr oder minder auf Seite seines Arbeitgebers, in diesem Falle des Hauptvorstandes, steht, weil er von ihm die „schöne Beamtenstelle“ erhielt. Er wird sich wohl daher hüten, ihm eins am Zeug zu fäden; er könnte doch seiner einträglichen Stelle wieder verlustig gehen. Und auf dem Herzen haben etwas sehr viele der Mitglieder gegen die Beamten des Hauptvorstandes, der Gauleiter und Lokalbeamten. Da ist es doch besser, denken sich viele, wenn wir selbst als Delegierte kommen, weil unsere Schmerzen der Gauleiter doch nicht lindern kann.

Wie steht es aber in Wirklichkeit mit den Beamten in unserer Organisation. Sie sind doch nur aus den Mitgliedern hervorgegangen, haben sich erst nach langjähriger fleißiger Mitarbeit und Studium in der Organisation dazu ausbilden müssen, um allen Ansprüchen eines Beamten gewachsen zu sein. Nicht Protektionskinder waren es, die auf die Posten gestellt wurden, sondern den Beweis mußten sie erbringen, daß sie für solchen Posten geeignet sind. Keineswegs kann aber davon die Rede sein, daß dann der Angestellte die Arbeiterbewegung nur mehr durch die theoretische Brille betrachten und alle praktischen Arbeiten in den Agitations- und Organisationsfragen bei Seite schieben würde. Im Gegenteil, er muß über alle Fragen, die an ihn gestellt werden, Auskunft geben können, muß neue Anregungen und Vorschläge bezüglich der Kleinarbeit machen; mit einem Wort, von ihm wird Alles verlangt. Wenn er dieses nicht fertig bringt, dann ist er ein Stümper und die Mitglieder würden mit Recht von ihm die Niederlegung des Beamtenpostens erzwingen. Die Abhängigkeit der Gauleiter bei dem jetzigen Wahlmodus, vom Hauptvorstand, wenn solches noch als Grund gegen die Wahl der Beamten als Delegierte zum Verbandstage in Betracht kommt, wird wohl nicht als ernstes Motiv von den Antragstellern zur Begründung herangezogen werden können. Die Beamten des Hauptvorstandes sind ja auch nur auf zwei Jahre als solche gewählt und haben sich auf den Verbandstagen einer Neuwahl zu unterziehen. Und obendrein sind die Vorgesetzten im Hauptvorstande noch lange nicht die Mehrheit. Also nur keine Befürchtung daß durch das Beamtenwesen eine Korruption schlimmster Art entstehen könnte; nein, bis jetzt und noch auf lange Zeit haben es die Nichtbeamten immer noch in Händen, solchen Vorposten zu vorbeugen zu können! Warum sollten denn die Beamten, wenn die künstlich erzeugte Kluft zwischen diesen und der Allgemeinheit nicht bricht, dennoch als minderwertige Mitglieder behandelt werden und ohne Stimmrecht auf dem Verbandstage zugelassen werden? Ich war erstaunt, daß unter den Antragstellern auch der höchste Gauleiter prangt! Sollte das der Beweggrund sein, weil der dortige Gauleiter als Delegierter kandidierte?

Richtig ist, daß der § 37 unseres Statuts bezüglich der Anwesenheit der Gauleiter auf dem Verbandstage lächerhaft ist, weil bisher nichts festgelegt ist, ob der als Delegierte nichtgewählte Gauleiter auch dem Verbandstage beiwohnen muß. Und die Anwesenheit derselben ist durchaus notwendig. Ihnen ist somit die Möglichkeit gegeben, die gefassten Beschlüsse nicht erst aus dem viele Wochen später erscheinenden Verhandlungsprotokoll, das bisher auf Ausführlichkeit keinen Anspruch erheben konnte, weil es nur eine kurzgezeichnete Skizze über das auf der Generalversammlung Gesprochene war, herauszufinden, sondern weil sie den Gang der Verhandlung verfolgt haben, so gleich in ihren Selbststellen des Ganges für die Durchführung der Beschlüsse eintreten können. Der von Berlin gestellte Vorschlag zu § 37, wonach „Gauleiter, sofern sie nicht als Delegierte gewählt werden sollten, müssen auf dem Verbandstage anwesend sein und haben dort Sitz und Stimme“, ist aus den oben angeführten Gründen nur zu unterstügen und im Statut festzusetzen. Wohl werden die Beamtengegner ausrufen, das würde einen neuen Verbandstag geben, wenn die Gaugrafen auch als Nichtdelegierte stimmberechtigt wären! Bei näherer Betrachtung wird aber nur ein Akt der Gerechtigkeit erfüllt, wenn demjenigen das Stimmrecht nicht vorerhalten wird, welche bei den Mitgliedern die Beschlüsse ver-

treten müssen. Es werden wohl Wenige sein, die denken, die Beamten lassen sich beeinflussen, um nur das durchzuführen, was in der Vorlage vom Hauptvorstande ausgeht. Auch die Angestellten haben das allergrößte Interesse an der Fortentwicklung unserer Organisation und werden sich hüten, Anträgen ihre Zustimmung zu geben, welche sich in der Praxis als nicht durchführbar und schädlich erweisen. Nochmals: Ablehnung sämtlicher Anträge, welche darauf hinstreben, den Beamten das Stimmrecht auf dem Verbandstage zu rauben; demgegenüber Annahme des Antrages der Mitgliedschaft Berlin.

Die verheirateten und in Konsumbäckereien beschäftigten Kollegen.

Einmal arbeitete ich mit einem Hamburger Kollegen zusammen und der gebrauchte im Laufe der Unterhaltung die Worte: „Die Verheirateten, die Lumpen, halten die ganze Bewegung auf!“ An diese Worte: „Die Verheirateten, die Lumpen“, erinnerte ich mich lebhaft, als ich Kastings Artikel: „Unser Verbandstag“, in der Beilage der Nr. 8 unserer Zeitung las.

Kollege Kasting schreibt: „Schon bei der Beratung der Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde von mehreren Seiten bitter geklagt, daß von dem geschaffenen Werte ein Teil der Mitglieder gar keine Vorteile habe, sondern nur zum Bezahlen da sein sollte und das waren jene, die sich in festen und sicheren Stellungen wägen, die also nicht arbeitslos würden. Der schönste Fall der frei organisierten Arbeiterschaft, auf den wir oftmals nicht wenig stolz sind, nämlich die Solidarität, geriet dabei bedenklich ins Wanken. Es zeigte sich dort auch, daß Eigennutz und Selbstsucht die bedeutendsten Triebfeder der Organisationszugehörigkeit vieler Mitglieder sind. Stuhigen Klutes können sie ihre Klagen genossen, mit denen sie angeblich den Bund der Solidarität geschlossen haben, dem Hungertode verfallen sehen.“

Ja, die Verheirateten, die Lumpen! Eigennützig und selbstsuchtig, bar des Solidaritätsgefühls dermaßen, daß sie ruhigen Mutes ihre Klagen genossen, ihre Kollegen, dem Hungertode verfallen sehen können! Gott sei Dank haben auch die Unmenge Anträge auf Unterstützung bei Umzügen usw. derselben Sorte Mitglieder gar keine Aussicht auf Erfüllung und alle Mitglieder und Mitgliedschaften kann man nur von dergleichen abraten.

Während Kollege Kasting einen Teil seiner älteren, meist verheirateten Kollegen im Anfang seines Artikels demmaßen beleidigt, daß er ihnen nur Selbstsucht und Eigennutz vorwirft und ihnen jegliches Solidaritätsgefühl abspricht, spricht er ein paar Spalten weiter von verheirateten Gewerkschaftlern anderer Berufs: „Dann haben wir auch mit bedeutend anderen Verhältnissen zu rechnen, wie andere Gewerkschaften, deren Mitglieder zum viel größeren Teile als bei uns ältere und verheiratete Leute sind. Diese sind allerdings nicht so leicht zu gewinnen, denn sie hat der Ernst des Lebens schon viel härter gedrückt und sie überlegen erst mehr und länger, als der jüngere, bei uns mehr in Betracht kommende Arbeiter. Wenn aber diese älteren Arbeiter erst etwas begriffen und als für notwendig und vorteilhaft erkannt haben, dann halten sie auch viel fester als der jüngere Arbeiter.“ Also: Der vom Ernst des Lebens schon viel härter gedrückte verheiratete Metallarbeiter J. B., überlegt sich erst lange und gebührend, dann hält er aber auch eben fest, was er als notwendig und vorteilhaft erkannt hat, aber der verheiratete Bäcker stummt ab, wird faul und egoistisch, und verliert sein Solidaritätsgefühl! Das bringt wohl unser Beruf so mit sich?

Koll. Kasting sieht in unserem Verbands eine Kampfesorganisation, keinen Krankenverein und hat, wie oben angeführt, mächtig gewettert gegen die Krankenunterstützung, trotzdem erklärte er sich einverstanden mit der Neuordnung der Krankenunterstützungsweises im Sinne der vom Hauptvorstande u. a. beantragten Fassung und empfiehlt Sätze, daß man staunen muß! Lüneburg beantragt für kranke Mitglieder:

Nach 1jähriger Mitgliedschaft für 42 Tage à	N	—75
" 2 " " " " " "	"	—75
" 3 " " " " " "	"	1.—
" 4 " " " " " "	"	1.25
" 5 " " " " " "	"	1.50

Der Hauptvorstand:

Nach 1jähriger Mitgliedschaft auf 42 Tage à	N	1.—
" 3 " " " " " "	"	1.20
" 5 " " " " " "	"	1.50

und Kollege Kasting:

Nach 13 Wochen auf 30 Tage à	N	1.50
" 52 " " " " " "	"	1.50
" 156 " " " " " "	"	1.50
" 260 " " " " " "	"	1.50

Und diese Unterstützungsätze will Kollege Kasting auch den 50 s-Kollegen zugutegeben! Demen 2. Klasse! Die Elite der Organisation soll sich nämlich zu einer 1. Klasse emporschwingen mit 1 N Wochenbeitrag und ganz erheblich höheren Unterstühtungen bei Arbeitslosigkeit, zu dem Zwecke, um nicht jede Bruchbude annehmen zu müssen! Die Folgen dieses Schrittes würden jedenfalls ganz andere sein, als sie sich Kollege Kasting denkt.

Kastings Ausführungen über die Presse kann ich ebenso wenig unterschreiben. Ich danke für eine Zeitung, die sich dem Niveau anpassen muß, auf dem sich ein eben neu gewonnenes Mitglied befindet. Die Kollegen sollen erst durch den Verbandsausdruck herangebildet werden, daß sie die Zeitung mit Verständnis lesen können; traurig wäre es, wenn der Inhalt der Zeitung so herabgedrückt würde, daß es sich nur auf dem Bildungsniveau dieser Mitglieder bewege.

Ganz entgegengesetzter Meinung bin ich auch wie Kasting, daß in unseren Mitgliedschaften jeder Federstrich und jeder Gang bezahlt werden soll. Alle freiwillige Tätigkeit, aller Opfermut und alle Hingabe freilich alle Arbeit wird dann nur denen zugeschoben, die sich bezahlen lassen und die dann auch nur Unbarm dafür ernten. Gewiss sollen bezahlte Posten geschaffen werden, wo es angeht. Rastere eine Entschädigung erhalten usw., aber jeder Gang und jeder Federstrich bezahlt werden, das bedeutete eine schwere Schädigung unseres Verbandes!

Sehr recht hat Kollege Kasting dagegen mit seinen Ausführungen über die bisherige Handhabung der jetzigen Bestimmungen über unser Unterstühtungsweises. Unbedingt muß jeder jedes Kalenderjahr 42 Tage unterstühtungsberechtigt sein.

Die alternierende Ansicht von der Kampfesorganisation hat auch der Bauer Joseph in München. Er meint, die

Konsumbäcker sollen froh sein, daß sie nicht arbeitslos werden und ihren Beitrag bezahlen, ohne an Unterstühtung zu denken. Er weiß auch nicht ganz genau, ob sie überhaupt überzogene Genossen und Gewerkschafter sind oder nicht. Von Rudolfstadt kommt der Antrag: Der Verbandstag möge beschließen, daß diejenigen Mitglieder, welche in Konsumvereinen arbeiten und ohne genügende Entschädigung den Versammlungen fern bleiben, mit einer Strafe von mindestens 50 s zu belegen sind!

Alle s wird in erster Hinsicht von den Konsumbäckern verlangt! In der Agitation im Verbands die ersten, in der Parteibewegung an der Spitze! Auf Sammellisten stehen die Konsumbäcker oben; eine Schande für sie ist es, wenn sie nicht das Parteiblatt halten und dem Wahlverein angehören; bei Flugblätterverbreitung, Stimmgeldverteilung usw. Das ist natürlich ganz in der Ordnung und eine Unmenge Arbeit wird auch von ihnen geleistet; aber räubige Schafe sind in jeder Herde und so auch unter den Konsumbäckern; aber wenn auch die Arbeit der Tüchtigen unter ihnen nicht anerkannt wird, den Faulen und Lässigen wird die Hölle genug heiß gemacht. Unnötig ist das Gerede über die festen und sicheren Stellungen; wir stehen mit einem Fuße ebenso gut draußen, wie jeder andere Arbeitskollege. Jedenfalls hat uns der Ernst des Lebens ebenso hart gedrückt (und brückt uns noch!) wie jeden anderen älteren Gewerkschafter und eben dieses Drudes wegen duckt man sich, so sehr man kann.

Die häusliche Misere hat natürlich mit dem Verbands nichts zu tun, aber man ist nicht nur Organist, man ist auch Mensch, und gerade deswegen organisiert man sich. Ein gesunder Egoismus ist stets am Platze, aber vertretlich ist es Vorteile, die man sich gönnt, anderen zu mißgönnen. Und diese schöne Selbstsucht ist nicht auf Seiten der Konsumbäcker, der Verheirateten usw., sondern auf Seiten der anderen; der jungen und lebigen, bei den Meistern arbeitenden Kollegen! Ihr jungen Kollegen seid organisiert gegen Arbeitslosigkeit im Verbands, gegen Krankheit durch die Krankenkasse, mehr braucht ihr nicht. Aber auch ihr entgeht Eurem Schicksal nicht; ein eigenes Heim, ein halbes Weib werdet ihr erringen, liebe Kinderchen werden Euch umspielen, der ganze Zauber der Häuslichkeit wird Euch umspinnen und dann seid ihr nicht genügend organisiert!

Man schlingt das Band, sie werden Weib und Mann. Nun geht der Kampf mit Not und Sorgen an. Denkt daran, daß auch an Euch die Reihe kommt und schämt nicht jene, die unsere Organisation — einst auch für Euch — nach der Richtung hin ausbauen wollen.

Kollege Freitag meint, die erhöhte Krankenunterstützung macht die zweite Krankenkasse noch nicht entbehrlich, allerdings kommt uns die Unterstützung (nach dem Antrage des Hauptvorstandes) nur 6 Wochen zu gute. Aber tauschen wir uns nicht: die Zeit der Hülflosen und Zentralfrankenkassen ist vorbei, ihr gänzlich Verschwinden ist nur noch eine Frage der Zeit. Die Ortsfrankenkassen werden in Zukunft das Feld behaupten. Die können wir der viel größeren Leistungsfähigkeit (freien Arzt und Apotheke für Familienangehörige usw.) wegen nicht entbehren, wenn wir das Geld, was uns die zweite Kasse kostet, dem Verbands zuführen würden, was könnte der uns bieten! Und selbst bei den 10 s Beitragserhöhung ist uns die zweite Kasse entbehrlich. Die erste Woche schützt uns der § 616 des B. G. B. vor einem Lohnrückfall; 6 Wochen tritt der Verband ein und länger wie 7 Wochen dauern die wenigsten Krankheiten. Dem geringen Prozentsatz der länger als 7 Wochen Kranken könnte mit geringen Mehrkosten auch die Unterstützung noch länger gewährt werden.

Aber „Keinen Mann und keinen Groschen!“ denken meine lieben Dresdener Landleute und ihre getreuen Bundesgenossen, die aus dem Blauenchen Grunde. Für alles sind sie zu haben, bloß kosten darf es nichts. Nun, dem Unfug mit den gebundenen Mandaten ist wenigstens gesteuert.

Also! Tue jedermann zum Nutzen unserer Organisation, was in seinen Kräften steht, aber schämt nicht einen Teil unserer Kollegen, der oft und lange genug bewiesen hat, daß er zu den Kerntruppen unserer Organisation gehört.

Den Antrag Rudolfstadt aber in betreff des Vorschlagswanzens bitte ich wohlwollend zu erwägen und allen Mitgliedern anzurufen. Unsere Versammlungen sind der Ort, wo die wirksamste Agitation betrieben wird und kein Mitglied ist berechtigt, ohne Grund den Versammlungen fernzubleiben.

Ernst G. G. G., Lüneburg.

Genossenschaftliches.

Die Verwaltung der Breslauer Genossenschaftsbäckerei teilt uns mit, daß der Jahresumsatz 1904 betragen hat 1 015 575 1 und nicht, wie in diesem Blatte irrtümlich angegeben, nur 1 31 28 22.

Die Mülhauer Genossenschaftsbäckerei in Mülhausen i. E. hatte im letzten Geschäftsjahre einen Umsatz von 161 927 65 N und 5923 N Reingewinn. Die Verwaltung jagt in ihrem Bericht: In den ersten drei Monaten stand unser Preis auf 56 s. Im Verhältnis zum Mehrpreis ging dabei Null von Null auf. Ein fortgesetztes Steigen derselben nötigte uns, den Preis auf 60 s zu erhöhen. Dank eines günstigen Markteschusses konnten wir denselben, trotz bedeutend gestiegener Preise, im letzten Halbjahre bis zum Jahresende erhalten. Seit dem Monat September ist der Mehrpreis um 3 s pro Doppelzentner gestiegen und hätte dementsprechend der Preis schon vor Monaten erhöht werden müssen. Daß dieses nicht geschehen ist, ist auch ein Erfolg genossenschaftlicher Arbeit. Die Produktion an Großbrot mit 274 669 Loib ist um 39 396 Loib höher wie im Vorjahre. Davon entfallen auf Lieferung für die Spitalverwaltung allein 56 000 Loib. Der Konsum durch unsere Mitglieder beträgt 171 000 Loib. Der Gewinn resp. die Rückvergütung wird auf die abgegebenen Leistungsmarken mit 3 s pro ein Loib verteilt. Der Rest mit 47 000 Loib ist an Nichtmitglieder verkauft worden. Unser schwerster Kampf, die Verzinsung allgemein strikte durchzuführen, ist auch dieses Jahr noch nicht ganz gelungen. In Anbetracht der großen Nachteile und verzehrter unnützer Arbeit in der Buch- und Rechnungsführung ist erneut der Beschluß gefaßt worden, nur im äußersten Notfall einige Loibe zu bunden. Dagegen bitten wir unsere Mitglieder, in welchem Maße den Unterstühtungsband in Anbetracht zu nehmen, wenn dieselben berechtigt sind, wenn der Geschäftsanteil voll eingezahlt ist. Des allgemeinen Fortschritts ist nach unseren Erfahrungen auch die Ursache, warum in der Mülhauer Genossenschaft keine Fortschritte aufzuweisen sind. Es kann

